

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 26. September 2011,**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

14. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr

Ende der Sitzung: 17.38 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 13. Sitzung des Gemeinderates vom 04.07.2011 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):
Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Raimund Buttinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

Manfred Wiesinger

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Brigitte Wartinger

Walter Zaunmüller

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Herbert Pernkopf

Augustine Zittmayr-Hacker

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Johann Höpfl
Beate Wiesinger

Entschuldigt:

GR. Margarete Josseck-Herdt (FPÖ)
GR. Mag. Georg Parzmayr (FPÖ)
GR. Dipl.-Ing. Renate Leitinger (GRÜNE)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 20.09.2011 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates
DI-Verf-007-2011

Bgm. Dr. Koits. Nach dem Verzicht von Frau Andrea Bauer auf ihr Mandat im Gemeinderat ist dieses neu zu besetzen. Nach den Bestimmungen der Oö. Kommunalwahlordnung wurde Frau Magistra Elke Mayerhofer in den Gemeinderat nachberufen, welche die Berufung angenommen hat. Die vorgereichten Ersatzmitglieder Mag. Michael Springer, Andrea Svoboda, Julia Berghamer, Steffen Hinz, Michael Hochrainer, Mag. Gerda Kockert-Wenzel, Matthias Kefer, Marco Pointl, Monika Brandlmair und Sanja Höller haben auf eine Nachberufung verzichtet. Das neue Mitglied des Gemeinderates ist daher in der heutigen Sitzung anzugeloben.

Nach § 10 des Statutes der Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich ersuche sie daher, sich von den Plätzen zu erheben und den Herrn Magistratsdirektor ersuche ich, die Gelöbnisformel vorzutragen.

MD. Dr. Schweiger verliest die Gelöbnisformel nach § 10 Abs. 4 StW. 1992.

Frau Mag. Elke Mayerhofer leistet sodann das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke und darf alle ersuchen, wieder Platz zu nehmen.

Ich heiße sie herzlich willkommen hier im Gemeinderat und ersuche sie, so wie das Frau Andrea Bauer getan hat, mitzuarbeiten im Interesse der Bevölkerung bzw. der Stadt. Für ihre Arbeit stehen ihnen die Wege offen zum Magistrat, zum Herrn Magistratsdirektor und zu den Mitarbeitern, aber genauso zu den jeweiligen Referenten in ihrem Zuständigkeitsbereich. Noch einmal alles Gute und herzlich willkommen!

Mitteilung des Bürgermeisters

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion; Bekanntgabe der Namen des(r) neuen Vorsitzenden (-Stellvertreterin):

Bgm. Dr. Koits: Ich wurde von der Fraktion der GRÜNEN über folgenden Wechsel verständigt.

Bisher war Fraktionsvorsitzende Frau Andrea Bauer und neuer Vorsitzender wird Herr Mag. Walter Teubl sein.

Statt dem bisherigen Stellvertreter Mag. Walter Teubl kommt künftig Frau Mag. Elke Mayerhofer.

Dies soweit zur Kenntnisnahme und zur Information für die anderen Fraktionen.

Aktuelle Stunde

Mehr Polizei für Wels:

Bgm. Dr. Koits: Ich gebe bekannt, dass seitens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion eine Anmeldung zur „Aktuellen Stunde“ vorliegt. Es soll das Thema „Mehr Polizei für Wels“ behandelt werden und ich ersuche um Wortmeldungen.

GR. Reindl-Schwaighofer. Sie werden sich jetzt wundern, wenn ich ihnen ein paar Dinge vortrage, weil es sich dabei um Dinge handelt, über die wir hier schon sehr oft diskutierten und die immer wieder zur Debatte stehen. Wir mussten aber leider feststellen, dass wir als Kommunalpolitiker, als Gemeinderat, nicht wirklich etwas beim Innenministerium erreichen.

Der Titel, den wir als SPÖ über eine Aktion setzten, nämlich „Start frei für mehr Polizei in Wels“, ist eigentlich einer, der veranschaulichen soll, dass wir in Wels so wie etwa bis zum Jahr 2000 wieder mehr Polizeikräfte im öffentlichen Raum sichtbar für die Bevölkerung haben möchten.

Uns als SPÖ ist die Sicherheit ein wichtiges Gut und ein wichtiger Teil der Menschenrechte. Freiheit ohne Sicherheit ist nicht verwirklichtbar. Alle Menschen haben einen Anspruch auf Sicherheit und auf Schutz vor Kriminalität. Es handelt sich um eine zentrale Aufgabe des Staates, die Sicherheit und Unversehrtheit seiner Bewohnerinnen und Bewohner zu gewährleisten. Das Innenministerium mit seinen Sicherheitskräften ist dafür zuständig und wir alle können von ihm verlangen, dass Sicherheit wirksam gewährleistet wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! In den Jahren 2000 bis 2006 hat eine von der ÖVP geführte Bundesregierung eine Polizeireform durchgezogen, die – das wissen wir heute alle ganz genau bzw. können wir das rückblickend schon etwas beobachten – in Wirklichkeit nur eine Aktion der Umfärbung

war. Sie führte dazu, dass österreichweit bis zu 4.500 Polizisten weniger ihren Dienst an der Bevölkerung verrichten. Dieser extrem niedrige Personalstand führte dazu, dass die Polizei den notwendigen Streifendienst nicht mehr durchführen konnte. Und wenn wir hören, dass es jetzt anscheinend bei der Polizei eine neue Verordnung oder Anordnung gibt, wonach Dienste nur mehr acht Stunden und nicht mehr zwölf Stunden lang dauern dürfen, können sie sich vorstellen, was das für Auswirkungen auf die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum hat bzw. was das für Auswirkungen auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung insgesamt bewirkt.

Allein in Wels werden wir damit konfrontiert, dass seit dieser Polizeireform 50 Polizisten weniger Dienst versehen gegenüber dem Jahr 2000. Diese Zahl lässt sich leicht überprüfen. In Wels waren bis zum Jahr 2003 auch die mobilen Einsatzkräfte unterwegs, es gab eine Hundestaffel, aber mittlerweile wurde aufgrund der Zentralisierung alles aus Wels abgezogen. Wir sind jetzt damit konfrontiert, dass dieser Fehlbestand dazu führt, dass an allen Ecken und Enden eine Nichtpräsenz der Polizei bemerkbar ist.

Das Innenministerium lässt die Bevölkerung in Sicherheitsfragen allein und versucht, Aufgaben auf die Kommunen abzuwälzen. Das ist eine Strategie, die wir in vielen verschiedenen Bereichen bemerken. Es werden immer mehr staatliche Aufgaben, die eigentlich von der Landespolitik zu bewerkstelligen sind, auf die Kommunen abgewälzt, um Sparmaßnahmen durchzuführen.

Wir haben in Wels gemeinsam die Ordnungswache eingerichtet und diese wurde zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung auf die Beine gestellt. Diese Ordnungswache ist sozusagen ein Organ des Bürgerservices und ist dazu da, niederschwellig eine Mediation im öffentlichen Raum durchzuführen. Die Ordnungswache ist eine Ergänzung, kann aber kein Ersatz für fehlende Polizeikräfte in unserer Stadt sein.

Das subjektive Sicherheitsgefühl der Welser Bevölkerung leidet durch die fehlenden Polizeikräfte massiv. Die Welser Bevölkerung hat ein Recht darauf, sich in ihrer Heimatstadt wohlfühlen. Die Welserinnen und Welser wollen die höchstmögliche Sicherheit in ihrer Stadt haben und dafür hat, wie ich schon erwähnte, das Innenministerium zu sorgen. Es ist das Innenministerium und nicht die Stadt Wels zuständig, für die Sicherheit im öffentlichen Raum zu sorgen.

Wir fordern deshalb vom Innenministerium – der Herr Bürgermeister hat bekanntlich am 10. Oktober bei der Frau Innenministerin einen Termin – die sofortige Aufstockung der Anzahl der Polizeikräfte in Wels. Wir versteigen uns nicht zu sagen, wie viel Polizisten wir in Wels für die Aufrechterhaltung der Sicherheit brauchen, aber eines wissen wir ganz genau – das wissen wir gemeinsam – nämlich dass zu wenig Polizisten im öffentlichen Raum präsent sind, um die Sicherheit zu gewährleisten. Wir wollen mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum haben, wir wollen wirksame Schritte gegen die Drogenkriminalität erreichen und die sofortige Eröffnung einer Polizeiinspektion im Stadtteil Noitzmühle. Wir sind andererseits damit konfrontiert, dass Wachstuben und Inspektionen zugesperrt werden, dass Wachstuben und Inspektionen aus Zentrumslagen an den Rand der Stadt verlegt werden, statt sie dort hinzugeben, wo sie die Bevölkerung sieht und wahrnehmen kann.

Ich möchte mich hier namens der Sozialdemokratischen Fraktion im Gemeinderat ganz ausdrücklich bei der Polizei für die hervorragende Arbeit bedanken. Und ich möchte den

Polizisten sagen, dass wir sie nicht allein lassen in ihrem schweren Dienst und dass wir weiterhin darauf pochen, dass die Polizei ausreichend personell besetzt ist.

Weiters möchte ich alle hier herinnen aufrufen, unsere Initiative zu unterstützen, denn nur wenn wir es gemeinsam angehen, haben wir eine Chance, dass wir für die Welser Bevölkerung das Sicherheitsgefühl heben können und dass wir für die Welser Bevölkerung in diesem Bereich etwas erreichen.

GR. Pernkopf: Ich darf zuerst ein paar Richtigstellungen anbringen, Herr Kollege Reindl-Schwaighofer.

Die Polizeireform als solche war notwendig und führte dazu, dass die strategische Aufstellung in allen Bereichen – natürlich sehr stark in den Städten spürbar – neu angegangen wurde.

Ich muss weiters sagen, dass damit keine Umfärbung verbunden war. Vielmehr war es so, dass Leute, die anderen Fraktionen nahe standen, auch einmal die Chance bekamen, beruflich etwas zu werden.

Natürlich leistet die Welser Polizei eine hervorragende Arbeit. Das muss einmal festgestellt werden. Und sie ist im Vergleich zu anderen Kommunen ungefähr gleicher Größenordnung sehr gut gerüstet. Es ist aber gar keine Frage, dass man immer noch mehr fordern kann, nur eines muss uns schon klar sein: Die geforderte Planstellenvermehrung muss auch budgetär bedeckt werden. Wir befinden uns jedoch in schwierigen Zeiten, was jeder weiß. Somit kann man mit dem Personal nicht so einfach über die budgetären Möglichkeiten drübergehen. Man muss schauen, wie das für den Bund leistbar bleibt.

Wir von der ÖVP haben jahrelang auf die Notwendigkeiten der Welser Polizei geschaut und Forderungen bis hin zur Ministerebene unterstützt. Dabei handelt es sich nicht um überzogene Forderungen oder um solche mit polemischen Ansätzen. Nein, die Basis bildete eine bodenständige und bedürfnisorientierte Sicherheitspolitik. Das war und ist unser Weg!

Zu den Fakten, Herr Kollege Reindl-Schwaighofer! Das Stadtpolizeikommando Wels weist einen systemisierten Stand von 176 Planstellen auf und 174 Beamte befinden sich tatsächlich im Dienst. Im Oktober 2011, also noch diese Woche, kommen wieder drei Schülerinnen bzw. Schüler nach Wels. Für Dezember haben wir die Zuteilung von noch zwei Schülern verhandelt.

Eines muss ich noch dazu sagen. Ich bin nicht nur Welser Gemeinderat, sondern selbst Polizeibeamter und Interessensvertreter bis hinaus in den Zentralausschuss. Das heißt also, dass auf diesem Wege die Unterstützung absolut gesichert ist. Alles, was möglich ist, wird getan.

Es ist gar keine Frage, dass der mit der Frau Ministerin vereinbarte Termin okay ist, aber wir haben bisher schon geschaut und ausgelotet, was nur möglich war. Wie ich aber schon sagte, gibt es, so wie ich es zuerst angesprochen habe, gewisse Grenzen des Möglichen von Seite des Budgets.

Zur Kriminalitätsentwicklung kann ich Folgendes sagen. Führt man einen Vergleich durch, so gibt es natürlich dort oder da herausragende Ereignisse, die medial entsprechend dargestellt werden, aber in Summe – sieht man sich den Sicherheitsmonitor an – stellt man fest, dass Wels absolut in vergleichbaren Größen liegt. Da ragt nichts heraus. Das subjektive Gefühl mag schon ein anderes sein, aber dem Grunde nach ist die Kriminalitätsentwicklung absolut überschaubar bzw. im Lot. Und es wird alles gemacht, auch mit den Spezialeinheiten, über die die Polizei verfügt und die in Wels ebenfalls tätig sind. Auch wenn die Zahl der Polizisten in Wels durch die Verlagerung von Einheiten weg von Wels etwas weniger geworden ist, so ist trotzdem festzuhalten, dass im Bereich des Landeskriminalamtes bzw. in den diversen Fachbereichen sehr viel für und in Wels gemacht wird. Und wenn von der Streichung der Hundestaffel in Wels die Rede war, so ist festzuhalten, dass von Linz, Ried oder Laakirchen aus Polizeihunde in der Nachtzeit auch in Wels präsent sind, wenn dies als notwendig erachtet wird.

Für das Jahr 2012 sind weitere zusätzliche Kräfte für Wels vorgesehen, das heißt, wir kommen damit über den systemisierten Stand hinaus. Wir schauen also, dass wir Karenzierungen oder Zuteilungen aus dem Pool heraus kompensieren, damit die Kopfzahl stimmt und subjektiv eine Hebung der Sicherheit erkennbar ist, indem mehr Polizei auf der Straße sichtbar wird. Es ist uns schon klar, dass das passieren muss, aber das stellt in gewisser Weise auch eine organisatorische Sache dar. Da und dort müssen sich noch Dinge ergeben. Das ist nun einmal so bei einer derart großen Reform. Wenn man zwei derart große Wachkörper mit 32.000 Bediensteten im Zuge einer solch großen Reform zusammenlegt, wobei das ganze System etwa 150 Jahre hindurch gewachsen ist, dann bedeutet dies, dass es eine gewisse Zeit dauert, bis all diese Kräfte die Sache verinnerlichen und sich alle sagen: Okay, wir sind jetzt zusammen, wir sind eine Mannschaft und wir ziehen im Interesse der bestmöglichen Sicherheit an einem Strang. Das ist noch nicht überall ganz so, wie man sich das wünscht, aber wir arbeiten daran, dass das so passiert.

Was wir in Wels gegenüber früher nicht mehr im Stand haben, das sind nicht ganz 5 Prozent der Leute und ein so starkes Stadtpolizeikommando wie Wels müsste das doch verkraften können. Es gibt andere Bereiche wie Traun oder Vöcklabruck, die ebenfalls stark belastet sind – sie haben insgesamt zigtausende Bewohner – und die das genauso bewerkstelligen müssen, und zwar mit viel weniger Personal.

Wie ich schon sagte: Wenn wir es finanziell haben, können wir alles machen und viel mehr Personal einstellen, nur sind halt die Ressourcen gedeckelt und wir müssen auch auf das Regierungsübereinkommen achten. Ein Mehr und immer Mehr ist also nicht möglich. Bis hin zum nächsten Jahr wird aber die Polizei sichtbar. Ich glaube, die jungen Kräfte sind sowieso erpicht darauf, Außendienst zu machen. Lassen wir uns also nicht von einer Panik leiten, sondern von einer sachlichen und politisch korrekten Arbeit.

StR. Kroiß: Es freut mich ganz besonders, dass sich jetzt auch die SPÖ um das Thema „Sicherheit“ annimmt und gerade die SPÖ unsere freiheitlichen Forderungen aufnimmt, nämlich nach mehr Personal und auch die Aufstellung der Ordnungswache war als langjährige Forderung von uns Freiheitlichen zu sehen.

Was ich aber nicht verstehe, wenn du, lieber Kollege Reindl-Schwaighofer das Thema „Sicherheit“ aufgreifst bzw. vom objektiven Sicherheitsgefühl sprichst, das ist die Tatsache, dass die SPÖ immer vehement dagegen ist, wenn wir etwas aufgreifen, das kein

Personal erfordert und nur wenig Geldmittel, nämlich die Videoüberwachung. Mit dieser Videoüberwachung könnten wir aber sehr rasch das subjektive Sicherheitsgefühl der Welser Bevölkerung heben.

Ich gebe dir in einem Punkt Recht und muss hier dem Kollegen Pernkopf widersprechen. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass das Stadtpolizeikommando Wels mehr Personal braucht. Da sind wir auf alle Fälle einer Meinung mit der SPÖ. Es ist nämlich so, dass die Polizei Wels zwei Dienststellen hat, und zwar das Anhaltezentrum und eine Stadtteilzentrale, wo Kollegen immer gebunden sind, das heißt, die kommen nie in den Außendienst. Ich meine, diese Stellen müssten wir aus dem Dienststellenplan herausrechnen und dann würden wir auf alle Fälle mehr Personal brauchen.

Was ich aber nicht verstehe, ist Folgendes. Wenn du sagst, dass künftig die Kollegen einen Acht-Stunden-Dienst bekommen, nämlich an Stelle des Zwölf-Stunden-Dienstes, dann weißt du anscheinend schon mehr wie der Kollege Pernkopf und ich. Das ist schon fast wie das berühmte Kaffeesudlesen. Es gibt allerdings Kollegen, die bei einem Vergleich des Acht-Stunden-, des Zwölf-Stunden- und des 24-Stunden-Dienstes behaupten, dass bei einem Acht-Stunden-Dienst weniger Polizisten auf der Straße stehen würden, was aber so nicht stimmt, denn falls ich pro Monat 176 Stunden zur Verfügung habe, dann ist es an und für sich egal, ob ich dies in Acht-, in Zwölf- oder in 24-Stunden-Diensten ableiste.

Wenn zuerst davon die Rede war, dass alle politischen Parteien gemeinsam für Wels unterwegs sein sollten, dann muss ich schon die Frage stellen, Herr Bürgermeister, warum nicht alle Parteien dazu eingeladen werden, zu diesem Thema am 10. Oktober bei der Frau Ministerin jemanden zu entsenden. Wenn schon gesagt wird, dass wir alle an einem Strang ziehen sollten, dann stellt sich doch die Frage, warum nicht allen die Möglichkeit eingeräumt wird, ihre Forderungen darzulegen.

Und wenn dann auch noch gesagt wird, dass Polizeiinspektionen in die Randgebiete von Wels hinaus verlagert werden, dann muss ich sagen, dass die Laachen nicht unbedingt ein Randgebiet von Wels ist. Vielmehr ist es doch so, dass die Laachen sozusagen ein aufstrebendes Gebiet ist, wo immer mehr Leute hinziehen. Es hat also mit Sicherheit seine Berechtigung, wenn man dort eine Polizeiinspektion einrichtet.

Also noch einmal: Die Welser Freiheitlichen sind jedenfalls für mehr Polizei. Wir wollen auf jeden Fall dieses subjektive Sicherheitsgefühl heben. Es ist nur anscheinend so, dass wir unter den Parteien verschiedene Ansätze haben.

Bgm. Dr. Koits: Herr Kollege Kroiß, es lag nicht an mir, die Teilnehmerzahl festzulegen, das heißt, die wurde vom Ministerium her bestimmt. Es hieß, dass von der Stadt Wels zwei Personen teilnehmen können und vom Landespolizeikommando ebenfalls zwei Personen. Wie viele Personen vom Ministerium an dieser Aussprache teilnehmen, kann ich nicht sagen.

Es kommt jetzt Herr Dr. Rabl an die Reihe, und zwar im Rahmen seines Geschäftsbereiches. Ich weise extra darauf hin, weil es sonst einen Wortentzug gibt, wenn er sich nicht an seinen Geschäftsbereich hält.

StR. Dr. Rabl: Keine Angst, ich werde mich natürlich auf meinen Geschäftsbereich beschränken, was selbstverständlich ist. Ich kenne unsere Geschäftsordnung gut genug, um zu wissen, dass es jetzt bei meiner Wortmeldung nur um die Sicherheit im Bereich von Wohnungen gehen kann. Aber das allein ist ein derart weites Feld an Möglichkeiten, darzustellen, wie doppelbödig die Politik der SPÖ ist. Somit ist es also völlig ausreichend, über diesen Bereich sprechen zu können.

Das Erste, wozu ich allerdings der SPÖ gratulieren darf, ist: Willkommen in der Realität! Das Thema „Sicherheit“ schient auch bei ihnen endlich angekommen zu sein. Das ist deswegen wunderbar, weil wir Freiheitlichen gerade im Bereich des Wohnens ein massives Sicherheitsproblem geortet haben. Wir alle, die wir Zeitung lesen, wissen, dass im Bereich des Wohnens, des Vandalismus, der Einbrüche, ein massiver Nachholbedarf in Hinblick auf Sicherheit besteht.

Was ich mich in Zusammenhang damit wundere, ist Folgendes. Wir Freiheitlichen haben doch schon etliche Anträge dahingehend eingebracht, wie man das Wohnen sicherer gestalten könnte. Da ging es beispielsweise um eine Aufstockung der Ordnungswache. Diese soll unsere Meinung nach in den Wohnbereichen mehr patrouillieren. Hiezu gab es eine Ablehnung durch die SPÖ.

Heute haben wir erneut einen Punkt auf der Tagesordnung, bei dem es um eine Videoüberwachung im Wohnbereich geht. Wir wissen von Wien, dass es durch diese Videoüberwachung um 80 % weniger Vandalismus gibt, mehr Sicherheit und weniger Einbrüche in den überwachten Wohnbereichen. Der Herr Bürgermeister hat im Vorfeld schon angekündigt, dass er das für keine gute Idee hält und er gegen eine solche Maßnahme ist. Das bekommt man mit, wenn man sich WT1 anschaut. Und das hat ebenfalls mit dieser Doppelbödigkeit der SPÖ zu tun. Da macht man es groß zum Thema auf der einen Seite, geht es aber konkret um Maßnahmen bzw. deren Umsetzung, so sieht das ganz anders aus.

Noch etwas muss man bedenken. Bei den Einbrüchen hat Wels eine Aufklärungsquote von null Prozent.

Zwischenruf GR. Pernkopf: Das stimmt ja nicht!

StR. Dr. Rabl: Das war so lesbar und ob das stimmt oder nicht, kann ich nicht sagen. Dass Zeitungen hie und da lügen, ist mir bekannt, aber das ändert nichts daran, dass das in den Medien so veröffentlicht wurde.

Jedenfalls stelle ich mir die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, endlich diese Maßnahmen, die wir Freiheitliche für den Wohnbereich forderten, also die Einführung der Videoüberwachung und mehr Einsatz der Ordnungswache, umzusetzen. Da reicht es nicht aus, nach Wien zur Frau Innenministerin zu fahren, wo doch jeder weiß, dass sie sich in höchsten Finanznöten befindet, wie es der Kollege Pernkopf schon völlig richtig ausführte. Was wollen wir denn dort bei der Frau Ministerin machen, wo doch kein Geld vorhanden ist? Es wäre also besser, zuerst einmal im eigenen Haus den Schmutz oder den Staub wegzukehren und dafür zu sorgen, dass alles in Ordnung ist. Gewisse Dinge kann man also auch mit Maßnahmen erreichen, die in der Gemeinde selbst verwirklicht werden. Das ist bisher nicht geschehen.

Dieses Thema war bisher für die SPÖ direkt verpönt, weil es sozusagen ein „rechtes Thema“ war. Bisher meinte man seitens der SPÖ, dass eh alles sicher und in Ordnung sei. Falls jetzt aber doch dieses Thema auch von der SPÖ entdeckt wird, kann doch nicht der einzige Grund darin liegen, dass die SPÖ massiv befürchtet, dass ihr die Wähler davonlaufen und damit zusammenhängend panikartig eine Wählerrückholaktion startet. Allerdings erscheint es ansonst unerklärlich, warum es plötzlich eine 180-Grad-Wende der SPÖ gibt. Ich freue mich jedoch darüber, wenn plötzlich ein neuer Wind weht, wenn plötzlich Anträge im Bereich der Sicherheit gemeinsam durchgesetzt werden können. Und ich freue mich ganz besonders darauf, weil anscheinend die SPÖ erkannte, dass hier ein massiver Nachholbedarf auch im Bereich der Stadt Wels gegeben ist. Wenn das wirklich so ist, Herr Bürgermeister, dann ist das wirklich wunderbar und es ist dafür zu danken, Herr Bürgermeister, dass sie nun die richtigen Maßnahmen ergreifen. Ich danke weiters dafür, dass sie, Herr Bürgermeister, künftig jene Maßnahmen, die die Stadt selbst durchsetzen kann, unterstützen werden.

Bgm. Dr. Koits: Sie müssen sich den WT1-Bericht genau ansehen, um feststellen zu können, was ich sagte. Ich bitte darum, das zu tun und dann genau zu zitieren.

GR. Prof. Mag. Teubl: Dieses Thema heute seitens der SPÖ ist bestimmt eine Überraschung. Das kann man wohl so sagen. Und ich meine, in diesem Zusammenhang muss man schon aufpassen, dass nicht irgendwo der Eindruck entsteht, in Wels gäbe es ein Sicherheitsproblem. Da bin ich schon sehr dankbar für den Hinweis des Kollegen Pernkopf, dass dem nicht so sei. Aus den Statistiken geht vielmehr hervor, dass Wels sehr wohl eine gute Position einnimmt.

Etwas anderes ist es natürlich mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Das hängt natürlich in erster Linie mit der Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit zusammen, mit Polizeistreifen, die man auf der Straße sieht. Das ist einerseits ein organisatorisches, andererseits auch ein Personalproblem. Für mich ist hier schon ein gewisser Handlungsbedarf gegeben. Es war ja andererseits offenbar nicht mehr anders möglich, das subjektive Sicherheitsgefühl der Welsenerinnen und Welsener zu befrieden, als durch Einrichtung einer eigenen Magistratsdienststelle bzw. Einrichtung der Ordnungswache. Da gebe ich dem Kollegen Reindl-Schwaighofer schon sehr Recht. Selbstverständlich ist es Aufgabe des Innenministeriums, für die Sicherheit im öffentlichen Raum zu sorgen und nicht jene der Stadt Wels. Und ich glaube, es ist durchaus unterstützenswert, wenn es darum geht, vom Innenministerium die Zusicherung auf ein Mehr an Sicherheitsbeamten zu bekommen, um eben die Präsenz auf der Straße zu verstärken. Vielleicht gelingt es uns damit zusammenhängend, die Ordnungswache wieder abzuschaffen bzw. diese unselige Dienststelle wieder einzusparen.

Vzbgm. Wimmer: Im Rahmen meiner Zuständigkeit als Finanzreferent – das ist ja ein allumfassendes Referat – habe ich bestimmt auch die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen, ohne auf die eher kabarettistische Vorstellung des Herrn Dr. Rabl einzugehen, der sich diebisch darüber freut, dass angeblich die SPÖ irgendetwas aufgegriffen hätte, das die Freiheitlichen schon seit Jahrzehnten forderten. An dieser Stelle erinnere ich mich an den früheren FPÖ-Gemeinderat Matzinger, der all das, was der Rest des Gemeinderates die letzten 20 Jahre hindurch immer wieder forderte, schon vor 30 Jahren forderte, wie er sagte.

Wenn jetzt von einem Interview in WT1 die Rede war, so stimmt es natürlich überhaupt nicht, wenn hier so getan wird, als hätte der Bürgermeister behauptet, Wels sei eine unsichere Stadt; genauso wenig hat das die SPÖ getan. Und so danke ich ebenfalls dem Kollegen Pernkopf für seine klaren Worte. Er sagte, dass wir als Stadt Wels bei diesem Monitoring österreichweit keine besonderen Auszackungen aufzuweisen haben.

Umso mehr wundert es mich, wenn trotz dieser klaren Aussage ein anderer Kollege, der bei der Polizei beschäftigt ist, also der Kollege Kroiß, den Teufel an die Wand malt und von einer Videoüberwachung spricht, die wir als SPÖ nicht zugelassen hätten. Diese Behauptung entspricht nämlich nicht der ganzen Wahrheit, denn gerade er müsste doch wissen, dass es seine Behörde ist, die es in den letzten Jahren im Rahmen vieler gemeinsamer Besprechungen etwa im Sicherheitsbeirat unter Vorsitz des Bürgermeisters immer wieder ablehnte, diese Forderung nach Installation von Videoüberwachungsgeräten zu unterstützen, weil es nun einmal in Wels keine Kriminalitätsschwerpunkte gibt, wo sich eine solche Videoüberwachung lohnen würde bzw. wo die Polizei solch eine Überwachung für sinnvoll hielt. Solche Punkte gibt es ganz einfach nicht und das muss auch einmal der Verkehrsstadtrat in seiner Funktion als Polizeibeamter zur Kenntnis nehmen. Wenn sein Chef sagt, dass es eigentlich ein totaler Unsinn sei, was er im Gemeinderat fordert, weil man dies als Polizei in einer großen Stadt wie Wels gar nicht brauche, da man mit anderen Mitteln zurechtkomme, so müsste dies Kroiß doch einmal zur Kenntnis nehmen.

Das andere stellt das immer wieder angesprochene subjektive Sicherheitsgefühl dar. Hier geht es tatsächlich um die Präsenz der Polizeibeamten auf der Straße. Der Kollege Reindl-Schwaighofer hat außerordentlich lobende Worte für die Polizei gefunden und ich schließe mich dem an. Auf der anderen Seite nehme ich wohl an, dass es niemanden gibt, der nicht für mehr Polizei auf der Straße wäre. Und wie wir dazu hörten, lieber Kollege Rabl, ist das halt auch eine Budgetfrage. Der Kollege Pernkopf hat das sehr klar gesagt und so getraue ich mich ebenfalls, dazu Stellung zu nehmen, weil ich ja als Finanzreferent der Stadt Wels um gewisse Geldnöte Bescheid weiß.

Ganz anders ist es aber bei den privaten Wohnungsgenossenschaften. Wider besseren Wissens stellt Dr. Rabl in den Raum, dass dort nichts passiere. Tatsächlich weiß er natürlich ganz genau, dass in gewissen Bereichen schon etwas passiert. Wenn es eine Wohnungsgenossenschaft für notwendig erachtet, im Rahmen ihrer Wohnhausanlagen entsprechende Überwachungen durchzuführen, so wird sie das nach Erteilung der Genehmigung durch den Datenschutzrat machen können, was in Wels bereits geschieht. Das müsste dir als Wohnbaureferent bekannt sein, aber du hast dich ja in den letzten zwei Jahren weniger deinem Referat als Wohnbaustadtrat gewidmet, sondern mehr um das Referat des Bürgermeisters im Bereich der Integration. Es ist dies aber letztlich deine Sache. Trotzdem darf ich dir raten, dich einmal im Bereich der Wohnungsgenossenschaften zu erkundigen. Da wirst du erfahren, dass es diese Videoüberwachung schon gibt. Es gibt niemanden in der SPÖ, der sich jemals dagegen ausgesprochen hat. Ganz im Gegenteil, denn falls eine Wohnungsgenossenschaft meint, dies machen zu müssen, dann soll sie das tun, ohne dass sich daran die Stadt finanziell beteiligt, womit ich sozusagen wieder bei meinem Fachreferat angelangt bin.

Alles in allem unterstreiche ich die Einladung des Kollegen Reindl-Schwaighofer. Schauen wir doch, dass wir gemeinsam noch besser werden bzw. ist es auch möglich, dass die Polizei besser ausgestattet wird. Und hier, Herr Kollege Pernkopf, kann ich eigentlich das Argument in Hinblick auf die Budgetdeckelung nicht akzeptieren, weil es

auf keiner Ebene der Gebietskörperschaften solch statische Budgetprozesse gibt, sondern sehr dynamische Budgetprozesse. Und ist sich eine Regierung auf Bundes-, Landes- oder Stadtebene einig, dann findet man Mittel und Wege, über ein bereits beschlossenes Budget hinaus entsprechende Investitionen oder Dienstleistungen zusätzlich anzubieten. Wir im Gemeinderat machen das auch immer wieder.

Zwischenruf GR. LAbg. Dr. Csar: Fünf Minuten!

Vzbgm. Wimmer: Herr Kollege Dr. Csar! Ich habe hier so viel zu sagen, dass ich mit fünf Minuten überhaupt nicht auskomme.

Zwischenruf GR. LAbg. Dr. Csar: So steht es aber in der Geschäftsordnung!

Vzbgm. Wimmer: Ich glaube, den Vorsitz hat noch immer der Bürgermeister inne!

Bgm. Dr. Koits: Bitte, der Herr Kollege Wimmer kommt ja eh bald zum Schluss! Abgesehen davon wissen sie, dass ich bei den Wortmeldungen zur „Aktuellen Stunde“ immer relativ großzügig bin, weil ich haben möchte, dass die Gedanken sehr wohl ausgesprochen werden können.

Vzbgm. Wimmer: Ich komme jetzt nach dieser Aufforderung selbstverständlich sehr gerne oder auch nicht sehr gerne zum Schluss.

Insgesamt darf ich noch unterstreichen, dass wir im Gemeinderat oder im Stadtsenat immer wieder Beschlüsse fassen, die finanzielle Auswirkungen haben und die nicht durch ein beschlossenes Budget gedeckt sind. Da ist dann immer die nachträgliche Bewilligung in Form eines Nachtragsvoranschlages notwendig. Wir werden heute noch einen auf der Tagesordnung stehenden Beschlussantrag auf Erhöhung einer schon grundsätzlich festgelegten Summe zu behandeln haben. Und es hindert die Bundesregierung oder das Parlament in Wien niemand daran, außerhalb des schon beschlossenen Budgets für die Polizei in Wels oder für die Polizei überhaupt entsprechende Mittelaufstockungen vorzunehmen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich bedanke mich für die sehr engagierte Diskussion.

Meiner Ansicht nach stimmt es natürlich, was der Kollege Pernkopf sagte, nämlich dass wir als Stadt Wels keine Ausreißer haben und dass es in Wirklichkeit nur darum geht, dass das subjektive Sicherheitsgefühl unter einer mangelnden Polizeipräsenz leidet.

Andererseits möchte ich doch ein bisschen korrigierend eingreifen. Es stimmt schon, dass es bei der Welser Polizei 174 Planposten gibt. Davon sind aber nur 164 besetzt und hier muss noch berücksichtigt werden, dass 18 Beamte beim Anhaltezentrum dienstzugeteilt sind, das heißt, diese werden auch nicht in Wels patrouillieren können. Ich denke mir also, dass man sich die Zahlen schon etwas genauer anschauen und diese mit Inhalten füllen muss. Und da kommen dann unsere fehlenden 50 Beamten gegenüber dem Jahr 2000 her. Ich teile aber genauso die Meinung, dass es in Hinblick auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in erster Linie darum geht, Polizisten im öffentlichen Raum zu sehen bzw. wahrzunehmen und angesichts dessen wollen wir nicht über Zahlen streiten, sondern erreichen, dass sich in diesem Bereich mehr tut.

Zum Stadtrat Rabl hat der Kollege Wimmer schon Ausführungen hinsichtlich Videoüberwachung und Ordnungswache getätigt. Die Ordnungswache kann nicht als Ersatz für die Polizei erhalten. Die Ordnungswache ist schon von der Aufgabenstellung her nicht vergleichbar und abgesehen davon liegt das Gewaltmonopol nun einmal beim Staat bzw. beim Innenministerium. Und es ist irrsinnig wichtig, dass wir uns darüber im Klaren sind, dass die Polizei für Sicherheitsfragen zuständig ist und nicht die Ordnungswache. Die Ordnungswache führt allerdings einen guten Dienst in der Stadt durch und wir werden uns im Rahmen der Evaluierung noch gemeinsam ansehen, wie sich der Dienst auswirkt, den die Ordnungswache im Rahmen des Bürgerservices übernommen hat.

Es gibt hier keinen Schwenk der SPÖ um 180 Grad. Du brauchst dir nur einmal die Protokolle über die Debatten der letzten Jahre durchlesen. Die Forderung nach mehr Präsenz der Polizei war eine solche, die wir immer wieder im Gemeinderat diskutierten bzw. waren wir uns in Bezug auf diese Notwendigkeit stets einig.

Und die Sache mit der Videoüberwachung wird nicht wahrer, auch wenn du sie noch so oft wiederholst.

Ich möchte mich nochmals für die durchgeführte Diskussion bedanken. Es wurde von fast allen Rednern gesagt, dass es hier darum geht, gemeinsam für die Stadt Wels etwas zu unternehmen, damit sich das subjektive Sicherheitsgefühl der Welser Bevölkerung verbessern kann. Danke für die Aufmerksamkeit!

Bgm. Dr. Koits: Ich danke ebenfalls und stelle fest, dass damit die „Aktuelle Stunde“ abgeschlossen ist.

Dringlichkeitsanträge

Der Bürgermeister stellt fest, dass zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen und es zuerst einmal darum geht, dass bzw. ob diesen Anträgen die Dringlichkeit zuerkannt wird.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Einleitung von Maßnahmen zur Reduktion des Fluglärms:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Wortmeldungen zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich muss mich doch sehr darüber wundern, dass plötzlich das Thema „Fluglärm“ so dringlich oder so virulent ist. Wenn ich mich so entsinne, stelle ich fest, dass bereits in den 80er-Jahren eine Kollegin von mir, Frau Gemeinderätin Eva-Maria Hebel, zu einer Bürgerinitiative gegen den Fluglärm Stellung genommen hat. Die Thematik ist also in keinsten Weise eine neue, im Gegenteil ist der Fluglärm sogar durch bestimmte Maßnahmen der „Weißen Möwe“ wie dem Einsatz einer Seilwinde für Segelfliegerstarts geringer geworden.

Wenn nun gerade dieses Thema hochgekocht wird, unter anderem durch Leserbriefe von unserem ehemaligen Gemeinderatskollegen Hochhauser, so geschieht das meines Erachtens nicht ganz zufällig. Natürlich wissen wir alle, worum es hier eigentlich geht, nämlich absolut nicht um den Fluglärm, sondern darum, dass die „Weiße Möwe“ den Planungen der Stadt Wels sozusagen einen Strich durch die Rechnung machte, indem sie ihre Zustimmung für die Installierung eines Betriebsansiedlungsgebietes auf dem Welser Flugplatz verweigerte. Und so sehen wir diesen Antrag eher als Revanchefoul, nicht unbedingt als ein Bedürfnis, den Fluglärm verringern zu wollen. Ich glaube daher, dass die Dringlichkeit dieses Antrages absolut nicht gegeben ist.

Vzbgm. Wimmer: Im Gegensatz zum Kollegen Teubl halte ich diesen Antrag sogar für außerordentlich dringlich. Und das hat nicht etwa mit einem Revanchefoul zu tun, Walter. Wärest du nicht Gemeinderat in Wels, müsste ich fast annehmen, dass du irgendwo im Mühlviertel wohnst, denn sonst hättest du doch mit eigenen Ohren mitbekommen müssen, was sich in den letzten Monaten in Wels mit den Fliegern abspielte. Das wurde in den letzten Monaten zu einer immensen Belästigung für die Bevölkerung, und zwar aufgrund der Zunahme der Flugbewegungen in exorbitanten Ausmaß, etwa durch zusätzliche Fallschirmspringergruppen aus Linz und sogar aus Innsbruck, wie ich höre. Diese durften anscheinend nirgendwo anders mehr starten bzw. ihrem Sport nachgehen, und so begaben sie sich nunmehr nach Wels.

Ich halte es somit für sehr dringlich, Maßnahmen zu setzen. Und wir werden die Öffentlichkeit darüber informieren müssen, dass im Gegensatz dazu die GRÜNEN von einem Rückgang der Fluglärmelastigkeit sprechen.

StR. Lehner: Ich möchte mich den Ausführungen des Herrn Finanzreferenten anschließen. Natürlich ist diese Sache dringlich und das zeigen auch die Mails und Anrufe, die ich in den letzten Tagen erhielt. Es ist tatsächlich speziell an den Wochenstunden so, dass man bei Aufhalten im Freien kaum mehr eine ruhige Minute findet. Es gibt sehr viele Flugbewegungen und es handelt sich um ein lautes Fluggerät, das bei den Fallschirmspringern zum Einsatz kommt.

Es ist somit die Dringlichkeit wirklich gegeben und ich bitte um Zustimmung.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beendigung aller Geschäftsbeziehungen der Stadt Wels und der städtischen Betriebe mit der Moser Mediengroup Austria (MMGA):

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 2 beigefügten Dringlichkeitsantrag und stellt fest, dass das, was hier im Antrag formuliert wurde, unter Umständen rechtlich vertretbar sein müsste.

Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir GRÜNEN sind der Meinung, dass hier tatsächlich eine Dringlichkeit vorliegt, und zwar deshalb, weil das Ansehen der Stadt durch die Medienberichte der letzten Wochen erheblich gelitten hat. Wenn wir es zulassen, dass Geschäftsbeziehungen der Stadt Wels mit einem Medienkonzern, in dem hochrangige Neo-Nazis und Rechtsradikale beschäftigt werden, weiter aufrecht bleiben, dann wird das Image der Stadt Wels in der Öffentlichkeit nicht gerade gefördert.

Ich glaube, wir wissen noch gut, wie es um Wels zur Zeit der „Braunen Flecken“ gestanden ist. Ich meine, dass diese Zeit der „Braunen Flecke“ vorbei sein sollte. Wir sollten schauen, dass wir unsere Stadt von diesem Odeur weiterhin frei halten.

Deswegen halte ich es für besonders wichtig – der Herr Bürgermeister hat das bereits angekündigt – dass diese Geschäftsbeziehungen beendet werden. Und der übergeordnete Zweck dieses Antrages ist jener, dass durch dessen Beschlussfassung der Gemeinderat der Stadt Wels eine ganz klare Ansage trifft bzw. kundtut, dass er einer Aufrechterhaltung solcher Geschäftsbeziehungen nicht zustimmt.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Der Bürgermeister stellt fest, dass aufgrund der Zuerkennung der Dringlichkeit beide Anträge am Schluss der Tagesordnung in Verhandlung genommen werden und übergibt anschließend den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates
DI-Verf-242-2011

Bgm. Dr. Koits: Meine Damen und Herren! Sie alle erhielten einen Amtsbericht (Anlage 3) vorgelegt, in dem sowohl der Wahlvorschlag (Anlage 4) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion als auch der Wahlvorschlag (Anlage 5) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion eingearbeitet ist. Diese beiden Fraktionen haben also Änderungen bei verschiedenen Ausschüssen vorgeschlagen bzw. möchten sie diese Wahlen vornehmen.

Nachdem alle Änderungen im Amtsbericht enthalten sind, kann ich mir sicher eine Verlesung ersparen. Ich ersuche also gleich um Abstimmung in Form von Fraktionswahlen.

Die Abstimmungen durch Erheben der Hand bringen folgende Ergebnisse:

Der Wahlvorschlag (Anlage 4) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird von deren Mitgliedern in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

Der Wahlvorschlag (Anlage 5) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird von deren Mitgliedern in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

2.)

Wahl von Ausschussvorsitzenden
DI-Verf-243-2011

Bgm. Dr. Koits: Durch die Zurücklegung des Mandates durch Frau Andrea Bauer ist eine Vorsitzende des Frauenangelegenheiten- und Gleichbehandlungsausschusses zu wählen. Hiefür gibt es einen Wahlvorschlag (Anlage 5), der auf Frau Gemeinderätin Mag. Elke Mayerhofer lautet.

Auch hier gilt die Fraktionswahl und ich ersuche um deren Durchführung.

Der Wahlvorschlag (Anlage 5), lautend auf GR. Mag. Elke Mayerhofer, wird durch Handerheben in Fraktionswahl (GRÜNE)

einstimmig angenommen.

3.)

Ankauf eines (Vorführ-)Kommunalfahrzeuges mit Winterdienstausrüstung,
Gießarm und Schwemmanlage;
Auftragsvergabe;
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung
SB-Fu-365-2011

Der Antrag lautet:

Die Lieferung eines Vorführ-Kommunalfahrzeuges der Marke Boschung-Pony inklusive Winterdienstausrüstung, Gießarm und Schwemmanlage wird zu den Bedingungen und dem Preis des Angebotes vom 22.06.2011 um den Bruttobetrag von € 164.640,-- an die Firma Lorenz Spezialaufbauten GmbH, Au 171, Bad Goisern, vergeben.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

4.)

Ankauf eines (Vorführ-)Kommunalfahrzeuges mit Winterdienstausrüstung und Schwemmanlage;
Auftragsvergabe;
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung
SB-Fu-370-2011

Der Antrag lautet:

Die Lieferung eines Vorführ-Kommunalfahrzeuges der Marke Boschung-Pony inklusive Winterdienstausrüstung und Schwemmanlage wird zu den Bedingungen und dem Preis des Angebotes vom 22.06.2011 um den Bruttobetrag von € 154.560,-- an die Firma Lorenz Spezialaufbauten GmbH, Au 171, Bad Goisern, vergeben.

Bei Lieferung des Fahrzeuges werden die 2011 zur Verfügung stehenden € 70.000,-- angezahlt, die offenen € 84.560,-- werden im 1. Quartal 2012 überwiesen.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

5.)

Ankauf eines Kommunaltraktors mit Frontlader, Ladekran und Schlegelmäher;
Auftragsvergabe;
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung
SB-Fu-367-2011

Der Antrag lautet:

Der Auftrag zur Lieferung eines Traktors mit Frontlader, Ladekran und Schlegelmäher gemäß Angebot vom 19.08.2011 im Betrag von € 249.964,31 inkl. USt. ist im Wege der

Bundesbeschaffungsgesellschaft an die Fa. CNH Österreich GmbH, 4300 St. Valentin, Steyrer Straße 32, zu erteilen.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

6.)

VTH Turnhalle Wels Verwaltungs-GmbH & Co KG;
Gewährung eines Investitionszuschusses für Nachrüstungen
und Ergänzungen bei der Kletterhalle Wels;
Ergänzung der bisherigen Subventionsvereinbarung
SF-Sport-120-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 15.09.2011:

Die ergänzende Subventionsvereinbarung (Anlage 6) zur Subventionsvereinbarung vom 29. September 2008 zwischen der Stadt Wels und der VTH Turnhalle Wels Verwaltungs-GmbH & Co KG wird genehmigt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Die GRÜNEN haben ja seinerzeit dem Sportstättenanierungskonzept zugestimmt, und zwar mit dem Vorbehalt, dass nicht jede darin enthaltene Maßnahme goutiert wird. Das ist jetzt eine solche Maßnahme.

Wir haben als Stadt Wels bereits eine Subvention in Höhe von 2 Mio. Euro für die VTH Turnhalle Wels Verwaltungs-GmbH & Co KG zum Neubau einer Kletterhalle und anderer Einrichtungen bereitgestellt und sehen es nicht ein, dass für Zusatzeinrichtungen wie eine Klimatisierung der Gymnastikräume, einer Verbesserung der Raumakustik und ähnlicher Ausstattungsergänzungen das Sportstättenanierungskonzept erhalten muss. Ich kann ihnen versichern, dass auch im Büro der GRÜNEN Wels die Akustik verbesserungswürdig ist, nur können wir uns diese Verbesserung nicht leisten. Es kann durchaus der Fall sein, dass sich so etwas auch ein Turnverein nicht leisten kann.

Der Finanzierungsplan ist meines Erachtens auch sehr fragwürdig. Wenn das Land nur 50.000 Euro bei einem Zusatzaufwand von 415.000 Euro dazugibt, dann stellt das nicht gerade eine sehr vorteilhafte Aufteilung dar. Für den Verein selbst bleibt ein Finanzierungsanteil von satten 3,6 Prozent übrig. Ich denke, so können wir mit dem Geld der Stadt nicht umgehen.

Man muss sich auch vorstellen, dass heute Vormittag die Stadtsenatsmitglieder und die Fraktionsobleute beisammen saßen, um wieder einmal im Lenkungsausschuss über Einsparungen zu beraten. Dort lagen Vorschläge vor, die zum Teil auf eine Ebene heruntergingen, die bei 1.000 Euro lag. Wenn man schon in diese Richtung denkt, dass man also auch schon derart kleine Beträge lukrieren muss, um insgesamt zu den nötigen Einsparungen zu kommen, dann denke ich mir, dass solch ein Betrag von 350.000 Euro für Maßnahmen, die nicht unbedingt notwendig sind, sicherlich als zu hoch anzusehen ist. Deshalb werden hier die GRÜNEN nicht zustimmen.

StR. Dr. Rabl: Es freut mich ganz besonders, wenn hier dieser Schritt gesetzt wird. Wir sind voll dafür, noch dazu als diese Maßnahme im Rahmen des Sanierungskonzeptes für die Sportanlagen beschlossen wurde.

Man muss insgesamt sagen, dass dieses Sanierungsprogramm voll im Laufen ist. Die Stadt Wels steckt ungeheure Summen in diesen Bereich. Das geschieht zu Recht, denn jeder weiß wohl, wie wichtig Sport für unsere Gesellschaft ist und wie wichtig Sport als Integrationsfaktor ist. Damit weiß man also, dass dieses Geld sicher gut investiert wird.

Ich kann nur sagen, dass ich die Turnhalle von meinem eigenen Sohn her kenne, der sich dort regelmäßig aufhält. Somit weiß ich, wie es dort wurlt und wie die Kinder all diese Anlagen wunderbar annehmen. Ich kann aber die GRÜNEN insofern etwas be-greifen, weil bei ihnen das Verständnis nicht so ganz vorhanden ist. Dazu, Herr Magister Teubl, sei einmal festgehalten, dass der Welser Turnverein mehr als 1.000 Mitglieder hat, ständig aktiv. Viele Kinder sind dort. Dass die GRÜNEN so etwas nicht brauchen, kann ich mir allein deswegen erklären, weil sich ja die grüne Gemeinderatsfraktion auch in einer Telefonzelle treffen kann. Insofern ist dort die Ausstattung in Hinblick auf Schalldämmung nicht ganz so wichtig. Deshalb investieren wir das Geld lieber in den Turnverein, denn dort ist es gut aufgehoben; die Kinder können dort sportlich entsprechend arbeiten.

Ich glaube also, dass es sinnvoll ist, diese Investition zu tätigen und damit den Turnverein bzw. den Verein Turnhalle zu unterstützen. Es gibt keinen anderen Verein in Wels, der so hervorragend arbeitet, nämlich mit so vielen Kindern und in dieser hohen Qualität. Und das sollte von der Stadt Wels weiter gefördert werden.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke für diese Wortmeldung, möchte aber auch darum bitten, dass sich die Kolleginnen und Kollegen bei manchen Passagen in der Wortwahl etwas mehr zurücknehmen. Ganz egal, welche Fraktion gemeint sein könnte, ich sage das allgemein, um in dieser Richtung Klarheit zu haben.

Vzbgm. Wimmer: Ergänzend zu diesen Diskussionsbeiträgen darf ich sagen, dass die GRÜNEN auch im Sportausschuss diesem Projekt nicht zustimmten, weshalb mich die heute an den Tag gelegte Haltung nicht überrascht.

Natürlich ist es in Zeiten angespannter Budgets – das Landesbudget ist nun einmal außerordentlich angespannt, vielleicht noch um eine Spur angespannter als das Budget in Wels – nicht unbedingt leicht, etwas mehr herauszuholen. Glauben sie mir, meine Damen und Herren, wir haben wirklich alles versucht, um eine gerechte Aufteilung der nachträglichen Subventionsbeträge zu erreichen, aber in diesem Fall war das nicht möglich. In anderen Fällen funktioniert das sehr wohl, aber letztlich hat das im jetzigen Fall nicht etwas mit einer unbedingt notwendigen Maßnahme zu tun. Trotzdem gebe ich

dem Herrn Dr. Rabl Recht, ohne seine Wortwahl zu teilen, nämlich dahingehend, dass von der Sache her diese Maßnahmen sehr wohl gerechtfertigt erscheinen. Der Turnverein leistet tatsächlich eine ausgezeichnete Arbeit. Ich kann mich immer wieder bei den vielen Veranstaltungen davon überzeugen, was dort los ist und wie engagiert die Funktionäre dort arbeiten.

Viel mehr freut mich aber noch, dass Herr Dr. Rabl in Laufe der Jahre doch eine gewisse Affinität hin zum Sport entwickelte. Vielleicht erlebe ich noch den Tag, dass er diese Affinität nicht nur allgemein zum Sport, sondern speziell hin zum Fußball entwickelt. Außer dem WSC Hertha gibt es ja noch andere Vereine in Wels, die aufgrund des Sportstättenanierungskonzeptes so ihre Erwartungshaltung haben. Das wäre also meine Hoffnung für die Zukunft.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

31-Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

7.)

Welldorado Wels;
Sanierung der Freibadtechnik;
Erweiterung des Grundsatzbeschlusses
SF-FzB-114-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 15.09.2011:

Die Erweiterung des Grundsatzbeschlusses vom 28.03.2011 betreffend Sanierung der Technik im Freibad Wels um € 94.000,-- (inkl. MWSt.) auf eine Gesamtsumme von € 858.200,-- (inkl. MWSt.) wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

8.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem der Beschluss über die Ausstellung eines Seniorenpasses (neu: Aktivpass 60+) neuerlich abgeändert wird (6. Novelle zum Beschluss über die Ausstellung eines Seniorenpasses)
SO-SHoR-56-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 07.09.2011, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die als Anlage 7 beigefügte 6. Novelle zum Beschluss über die Ausstellung des Seniorenpasses (neu: Aktivpass 60+) beschließen.

GR. KommR. Baumgartner: Mit dem heutigen Beschluss über die Änderung beim Seniorenpass – künftig soll dieser „Aktivpass 60+“ genannt werden – sollen künftig auch Männern ab dem 60. Lebensjahr diverse Vergünstigungen zur Verfügung gestellt werden. Abgesehen davon, dass das Durchschnittsalter beim Pensionseintritt auch bei den Männern weit näher beim 60. als beim 65. Lebensjahr liegt, gibt es eine oberstgerichtliche Entscheidung – die Frau Referentin hat das bereits erwähnt – die unterschiedliche Berechtigungen aufgrund des Alters bei Männern und Frauen verbietet. Ich habe mir vor einigen Monaten erlaubt, auf diesen Umstand hinzuweisen. Nun wird also auch in Wels dieser Entscheidung Genüge getan und das Anspruchsberechtigungsalter angeglichen. Dafür darf ich mich im Namen der laut Amtsbericht in Frage kommenden 1.486 männlichen Welser bedanken, die in Zukunft ebenfalls in den Genuss der Bezugsmöglichkeit für den „Aktivpass 60+“ kommen.

Der angedachte Gutschein für einen Besuch des Science-Centers ist zwar begrüßenswert, ich darf aber in diesem Zusammenhang vielleicht erwähnen, dass ich davon ausgehe, dass diverse Privatunternehmen, welche ja Nutznießer dieser Aktion der Stadt sind, einen sehr günstigen Sondertarif gewähren bzw. der Stadt verrechnen.

Wir werden jedenfalls diesem Antrag zustimmen.

GR. Haböck: Sie haben heute von mir keinen langen Monolog zu erwarten. Ich möchte es mir aber als Gemeinderat keinesfalls nehmen lassen, hier in dieser Sitzung bei Beschlussfassung dieses Antrages klar für die Jugendlichen in Wels Stellung zu beziehen.

Die Ausgangslage war ein VfGH-Erkenntnis zu unterschiedlichen Anspruchsleistungen bei unterschiedlichem Pensionsantrittsalter, was schon dargelegt wurde. Man hätte annehmen können, dass hier ein Kompromiss gefunden wird, der den ganzen OECD-Vorschlägen und auch den Vorschlägen des Sozialministeriums in gewisser Weise gerecht wird. Wir von der ÖVP haben im Sozialausschuss solch einen Kompromissvorschlag eingebracht, der dahingehend gelautet hätte, dass man ab dem 60. Lebensjahr diesen Aktivpass an all jene Leute ausstellt, die nachweislich schon in Pension sind und ab dem 65. Lebensjahr hätte es eine generelle Anspruchsberechtigung gegeben. Dieser Vorschlag wurde allerdings mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ abgelehnt. Andererseits wurde das von Frau Stadträtin Huber vorgelegte Modell angenommen.

Man muss ja zugeben, dass es sich hier nicht um große Summen handelt – da sind wir von Millionen weit entfernt – andererseits muss man auch sagen, dass es sich hierbei nicht um eine unbedingt notwendige Sozialleistung handelt, so wie beispielsweise ein Heizkostenzuschuss oft ganz wichtig ist oder wie es sonstige Zuschüsse für arme Menschen sind. Es handelt sich vielmehr – das sage ich hier ganz klar – um ein reines Wahlzuckerl für eine der größten Bevölkerungsgruppen und damit für eine der größten Wählergruppen. Die FPÖ und die SPÖ haben mit diesem Beschluss schon im Ausschuss gezeigt, dass ihnen eine Ausweitung auf eine noch größere Wähler- oder Bevölkerungsgruppe ohne Rücksichtnahme auf das gegebene Einkommen, ohne Rücksichtnahme darauf, ob sich jemand schon in Pension befindet oder noch im Erwerbsleben

steht, wichtiger ist, als dass man die angespannte Budgetsituation bei uns und ganz allgemein, von welcher die Experten ständig reden, in die Betrachtungen einbezieht.

Wenn sich Herr Gemeinderat Baumgartner für die ganzen Männer bedankt, die künftig ebenfalls vom Alter her in diese Aktion hineinfallen, dann möchte ich die Jugendlichen in Wels darauf hinweisen, bei wem sie sich bedanken können, wenn die Pro-Kopf-Veranschuldung weiter steigt und bei wem sie sich dafür bedanken können, dass die Politik in Österreich so aussieht, dass in erster Linie auf die größte Wählergruppe Rücksicht genommen wird und dass man keinerlei Rücksicht auf Budgetsituationen nimmt. Da werden einfach wahllos Begünstigungen nach dem Gießkannenprinzip ausgeweitet, ohne – auch wenn es sich hier nur um einen kleineren Bereich handelt – mit mehr Augenmaß zu agieren.

Vzbgm. Dr. Wieser: Das Thema der Gleichbehandlung von Frauen und Männern hat uns schon vor längerer Zeit dazu bewogen, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Dieser Antrag hat allerdings die Herzen bei den anderen Fraktionen nicht erweicht. Er wurde also beiseite geschoben und irgendwann doch einmal behandelt.

Ich melde mich jetzt nicht unbedingt deshalb zu Wort, weil ich mich sehr darüber freue, ebenfalls in den Genuss dieses Seniorenpasses zu kommen – ich bin ja so wie der Kollege Baumgartner schon über 60

Zwischenruf GR. KommR. Baumgartner: Bei mir ist es schon egal!

Vzbgm. Dr. Wieser: Ach ja, er wird schon 65, das heißt, er hätte den Seniorenpass ohnehin bald bekommen.

Herr Kollege Haböck von der ÖVP! Es gibt schon so etwas Ähnliches, aber in diesem Fall kann man, glaube ich, nicht von einem Wahlzuckerl sprechen. Erstens gibt es ja den Seniorenpass schon seit Jahrzehnten

Zwischenruf StR. Huber: Seit 1973!

Vzbgm. Dr. Wieser: Also, das sind schon fast 40 Jahr und das bedeutet, dass sich die Leute schon an dieses Zuckerl gewöhnten und sie warten oft schon darauf, dass sie das entsprechende Alter erreichen, um den Seniorenpass beantragen zu können. Zweitens kann das schon deshalb kein Wahlzuckerl sein, weil ja keine Wahl vor der Tür steht. Vor zwei Jahren hatten wir mit der Movie-Card so eine Art Wahlzuckerl, das aber nicht gerade durchschlagend ausfiel. Beim Seniorenpass oder bei diesem Aktivpass handelt es sich allerdings bestimmt nicht um ein Wahlzuckerl. Wir haben erst in vier Jahren wieder Gemeinderatswahlen und da werden die Leute nicht mehr nachschauen, welche Fraktion hier im Gemeinderat für oder gegen diese Verbesserung stimmte.

Ich glaube, die Sinnhaftigkeit dieses Seniorenpasses oder des „Aktivpasses 60+“, wie er künftig heißt, liegt ja im Wesentlichen darin, dass Menschen, die in die Pension hineinkommen, viele städtische Einrichtungen kennen lernen können – da gibt es etwas für das Theater, das Welldorado, für die Museen usw. – und vielleicht nehmen sie andere Leute mit, die vielleicht sehr wohl den vollen Eintritt zahlen. Oder sie kommen wieder, weil sie halt irgendetwas öfter in Anspruch nehmen wollen, wobei sie dann zumindest einen ermäßigten Eintrittspreis zahlen. Das heißt also, dass das auch irgendwo eine Werbeaktion in eigener Sache, also für unsere städtischen Unternehmen, darstellt. Und

wenn wir unter dem Strich mehr Besucher haben, so mindert dies den finanziellen Abgang bei diversen Einrichtungen, den wir ja dort oder da feststellen müssen. Es stellt somit durchaus eine sinnvolle Sache dar, wenn möglichst viele Leute die städtischen Einrichtungen, beispielsweise auch die städtische Bücherei, besuchen.

Somit ist es für uns heute eine Freude, so wie das bereits der Kollege Baumgartner ausführte, wenn heute diese Maßnahme oder Gleichstellung beschlossen und damit endlich Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen hergestellt wird.

GR. Reindl-Schwaighofer: Die Sache mit dem VfGH-Erkenntnis wurde schon erläutert und ich denke, dass es ganz wichtig ist, wenn wir den Seniorenpass künftig „Aktivpass 60+“ nennen. Es kommt ja nicht oft vor, dass ich Meinungen mit Herrn Vizebürgermeister Dr. Wieser teile, aber hier geht es sehr wohl auch darum, Menschen, die gerade vor der Pension stehen oder die gerade in die Pension eintreten, zu aktivieren, damit sie diverse städtische Einrichtungen kennenlernen.

Vom Aufwand her geht es hier wirklich nur um ein paar tausend Euro und ich meine, dass in dieser Ausweitung eine größere Chance liegt als vielleicht bei Dingen, die nicht greifen. Da wird also nichts verschleudert.

Das Argument, dass wir Personen, die nicht berufstätig waren oder die keine Pension beziehen, von der Bezugsmöglichkeit ausschließen würden, falls wir einen Pensionsbescheid verlangten, ist für mich ein greifendes. Wenn wir anfangen, Pensionsbescheide zu kontrollieren, kann so etwas passieren.

Ich möchte noch etwas erwähnen. Die frühere ÖVP-Abgeordnete und Volksanwältin Ingrid Korosec aus Wien hat einmal dem Bürgermeister der Stadt Wien gesagt, er solle sich ein Beispiel an der Stadt Salzburg nehmen, weil dort werden alle Leistungen ab dem 60. Lebensjahr weitergegeben. Ingrid Korosec ist ja nicht gerade eine unprominente ÖVP-Politikerin und ich denke mir, dass es dort oder da eine Ansichtssache darstellt, ob man dies oder jenes macht, einführt etc. Und hier geht es bestimmt nicht darum, für Jugendliche nichts machen zu wollen. Wenn du dir beispielsweise die ganzen Regulative für Eintritte in die städtischen Einrichtungen ansiehst, wirst du feststellen, dass sehr häufig bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres eine Ermäßigung greift oder mit der Familienkarte bis zum 15. Lebensjahr. Also zu sagen, wir machen nur etwas für die Alten, aber nichts für die Jungen oder zu sagen, wir würden etwas für die Alten zu Lasten der Jungen machen, das greift ganz einfach nicht. Ich denke mir, dass du dir das am besten nochmals ansehen solltest. Ich freue mich darüber, dass heute diese Änderung zur Beschlussfassung gelangt.

StR. Lehner: Es ist interessant, wenn hier damit argumentiert wird, dass bei den 60-jährigen damit begonnen wird, für unsere städtischen Einrichtungen zu werben. Ich denke, dass wir gehörig etwas falsch gemacht hätten, würden wir erst bei den 60-jährigen mit dieser Werbung beginnen. Vielmehr muss es uns gelingen, für die wirklich guten Angebote der Stadt schon unter den Jugendlichen zu werben, um eine Kundenbindung zu erzeugen, die weit über das 60. Lebensjahr hinaus aktiv bleibt und funktioniert.

Ich danke für die Erwähnung unserer Abgeordneten Ingrid Korosec. Natürlich haben wir auch sehr engagierte Pensionisten- bzw. Seniorenvertreter in der ÖVP, aber die Qualität der ÖVP liegt nun einmal darin, dass es immer wieder zu einem Interessens-

ausgleich kommt und wir meinen, dass hier die Interessen der Jungen im Vordergrund zu stehen haben.

Wir haben als Stadt Wels doch sehr maßgebliche Einschnitte gemacht, was Förderungen betrifft. Bezüglich der Movie-Card, wie sie Dr. Wieser nannte, die aber eigentlich Move-on-Card heißt, waren wir uns ja relativ schnell einig, dass diese als sogenanntes Wahlzuckerl zurückzuführen ist. Geht es jetzt aber um die Senioren, dann ist anscheinend diese Einigkeit schnell wieder weg. Da ist der Blick auf's Budget nicht mehr so entscheidend, ich denke aber doch, dass wir sehr wohl vorausblicken sollten, welche Auswirkungen es hat, wenn wir der Bevölkerung suggerieren, dass sowieso alle ab 60 zu den Senioren zählen. Speziell Herr Minister Hundstorfer weist doch bei jeder Gelegenheit darauf hin, dass auf allen Ebenen der Politik sämtliche Maßnahmen getroffen werden sollten, um eine Hebung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters zu erreichen. Und jede Botschaft, die auch nur den Anschein hat oder suggeriert, dass man mit 60 sowieso schon in der Pension ist, ist deshalb ein Schritt in die falsche Richtung.

Und das hier bei uns geht vor allem auch an der sozialen Treffsicherheit vorbei. Es freut mich, dass jetzt alle Männer, die im Gemeinderat oder Stadtsenat tätig sind und bereits ein Alter über 60 haben, diese Begünstigungen beim Aktivpass in Anspruch nehmen können und es freut mich für die gut verdienenden Männer – nach dem Senioritätsprinzip bekommt man ja im höheren Alter das höchste Einkommen – wenn sie diese Vergünstigungen in Anspruch nehmen können, aber sozial ist das nicht.

Ich denke, in Zeiten, in denen wir sparen müssen, ist im sozialen Bereich zu überlegen, wo wir Sozialleistungen ausweiten müssen, um mehr Treffsicherheit zu erreichen und wo wir uns die Gießkanne sparen können. Konkret ist dieser „Aktivpass 60+“ als klassische Gießkannenaktion zu sehen. Hier wird sozusagen Geld „verbraten“, wobei das Gott sei Dank nur in kleinem Umfang geschieht, was ich schon zugeben muss. Andererseits sind die begleitenden Signale ganz schlechte und ich verstehe nicht, dass hier ein derart breiter Konsens zwischen SPÖ und FPÖ besteht, wenn es einerseits darum geht, die Jugend zu vernachlässigen, andererseits Geld auszugeben.

GR. KommR. Baumgartner: Sie wissen, ich bin keiner, der sich darum reißt, hier Reden zu schwingen, aber heute muss ich mich doch ein zweites Mal zu Wort melden, um Gewisses zurückzuweisen.

Sie meinten, dass die Überprüfung im Wege der Pensionsbescheide wichtig wäre. In meinen Augen wäre dies jedoch ein administrativer Aufwand, der überhaupt nicht gerechtfertigt erschiene. Die Ausstellung des Seniorenpasses oder des künftigen Aktivpasses aufgrund Erreichung der Altersgrenze stellt wohl die einfachste Möglichkeit dar. Würde man den Pensionsbescheid in die Überprüfung der Anspruchsberechtigung mit einbeziehen, so wäre das ein Aufwand, der sicher nicht gerechtfertigt erschiene.

GR. Haböck: Zuerst einmal, Kollege Reindl-Schwaighofer, ist es schön, dass sie eine Wiener Abgeordnete zitieren, die ein Salzburger Modell lobt. Für mich als Vertreter im Welser Gemeinderat ist dies zwar nett zu hören, aber relativ irrelevant, denn ich bilde mir meine eigene Meinung und vertrete meinen eigenen Standpunkt. Als Obmann der „Jungen ÖVP“ und als Jugendvertreter hier im Gemeinderat habe ich dazu eine ganz klare Meinung. Andererseits ist es gut und richtig, wenn Seniorenvertreter ihre Zielgruppe entsprechend vertreten. Für mich ist es aber auch wichtig, aufzuzeigen, dass es Beschlüsse des Gemeinderates gibt, die – wenn auch finanziell nicht besonders belas-

tend, was ich schon zugebe – nachhaltig wirken und das Budget zusätzlich belasten. Und wenn wir heute bei diesem Geplänkel zwischen SPÖ und FPÖ zum Thema „Sicherheit“ immer wieder hörten, dass es auch sehr um das subjektive Gefühl gehe, dann frage ich mich schon, wie die Damen und Herren Gemeinderäte von SPÖ und FPÖ diese Sache den Jugendlichen erklären wollen bzw. stellt sich die Frage, was denn diese für ein subjektives Gefühl haben, wenn sie sich die Tagesordnung ansehen und feststellen, dass es sich hier um die Ausweitung einer Begünstigung für eine gewisse Gruppe handelt. Ich meine, dass man, wenn man schon mit dem subjektiven Gefühl argumentiert, dies auch auf die Gruppe der jungen Menschen in Wels anwenden kann.

Herr Kollege Baumgartner! Ich bin jetzt kein Verwaltungsbeamter und nicht 100-prozentig mit allen Vorgängen vertraut, aber ich frage mich beispielsweise, wie überhaupt die altersmäßige Berechtigung überprüft wird. Geht man also zum Amt, um sich diesen Aktivpass zu holen, muss man ja auch irgendwie nachweisen, dass man ein gewisses Alter hat. Da wird man wahrscheinlich einen Ausweis oder eine Geburtsurkunde vorlegen und warum sollte es nicht möglich sein, dass sich bei dieser Gelegenheit auch jemand vom Amt den Pensionsbescheid ansieht. Das konnte im Ausschuss nicht erklärt werden. Dort herrschte nur Einstimmigkeit bei den Vertretern der anderen Parteien dahingehend, dass das ein zu großer Verwaltungsaufwand wäre. Aber tatsächlich hat noch niemand erklärt, warum es keinen Verwaltungsaufwand darstellt, wenn man einen Ausweis oder eine Geburtsurkunde überprüft. Geht es aber um die Vorlage oder Überprüfung eines Pensionsbescheides, tut man so, als ob damit gleich ein Verwaltungsaufwand von mehreren tausend Euro verbunden wäre.

Ich lade sie nochmals ein. Es handelt sich hier um einen symbolischen Akt, der heute beschlossen wird, denn diesbezüglich sind sich anscheinend die Seniorenvertreter von SPÖ und FPÖ einig. Andererseits handelt es sich um eine Ausweitung ohne soziale Treffsicherheit. Diese Begünstigung wird ganz einfach ab einem Alter von 60 an alle ausgeschüttet, ohne dass es sich hierbei um lebensnotwendige Bereiche handeln würde.

Ich habe noch nie grundsätzlich in Abrede gestellt, dass es sich beim Seniorenpass um eine gute Einrichtung der Stadt handelt. Es ist sicher gut, wenn die Seniorinnen und Senioren in gewissen Bereichen Begünstigungen bekommen, aber wenn diese Begünstigungen auch all jene bekommen, die sich noch gar nicht in Pension befinden, dann müssen sie das den jungen Menschen erklären, ebenso berufstätigen Müttern, die voll ihre Steuern zahlen.

GR. Wildfellner: Ich habe mir ausgerechnet, dass diese 4.000 Euro an Mehrkosten eine zusätzliche Schuldenbelastung für jeden Welser Bürger im Ausmaß von 0,06 Cent bedeuten. Da finde ich es direkt polemisch, die Generationen mehr oder minder gegeneinander auszuspielen.

Der Kollege Baumgartner betont ja bei verschiedenen Gelegenheiten, dass hiermit die Männer gleichberechtigt werden. Und ich darf sagen, dass ich dieses Urteil des Verfassungsgerichtshofes zwar zur Kenntnis genommen habe, nur kann ich es erst dann voll unterstützen, wenn Männer und Frauen die gleichen Einkommen und daher auch die gleichen Pensionschancen haben. Dann erst wäre es für mich ganz gerecht.

Herrn Haböck möchte ich noch in Erinnerung rufen, dass er bei der Abschaffung dieser Karte für die Jugendlichen nicht dagegenstimmte.

GR. Reindl-Schwaighofer: Natürlich können wir jetzt die Debatte um die Move-on-Card weiterführen, aber jedenfalls kann ich mich nicht daran erinnern, dass gegen die Einstellung dieser Karte von deiner Seite irgendwelche Initiativen gekommen wären. Falls dir der Fortbestand dieser Karte so ein Anliegen gewesen wäre, wie das jetzt irgendwo zum Ausdruck kam, dann hättest du doch diesbezüglich schon früher, als es eben um deren Abschaffung ging, eine massive Diskussion führen können. Ich vermute fast, dass dir diese Sache mit der Move-on-Card noch vor einiger Zeit sehr egal war und es jetzt nur darum geht, diese Initiative der Frau Stadträtin madig zu machen.

GR. Haböck: Nachdem ich scheinbar der einzige Jugendvertreter bin, muss ich mich nochmals zu Wort melden. Ich nehme mir also ganz frech das Recht heraus, bei diesem Punkt gleich dreimal zu sprechen.

Ich habe sie akustisch nicht so ganz verstanden, weil ich auf diesem einen Ohr heute etwas schlechter höre. Sie meinten also, dass die Schuldenbelastung je Bürger um weitere 0,06 Euro anwachsen würde?

GR. Wildfellner: Ja!

GR. Haböck: Es handelt sich also um eine Steigerung der Pro-Kopf-Verschuldung und es ist eigentlich egal, wie hoch diese Steigerung ausfällt. Vielmehr würde es gelten, seitens der Politik Schritte in der Richtung zu setzen, dass wir gewillt sind, auch Einsparungen vorzunehmen.

Es wurde die Move-on-Card nochmals angesprochen und was hier zum Ausdruck kam, entspricht genau ihrem Weltbild. Mir geht es aber nicht darum, dass jede Altersgruppe unbedingt irgendwelche Begünstigungen bekommen muss. Vielmehr ist es meines Erachtens so, dass in Zeiten angespannter Budgetsituationen in vielen Bereichen Abstriche gemacht werden müssen. Natürlich wäre es schön, gäbe es Vergünstigungen für die Jugend, aber wenn diese nicht so drinnen sind wie in Zeiten einer tollen Finanzlage, dann haben wir Jungen das ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen und unseren Teil beizutragen. Nochmals: Die Move-on-Card wurde abgeschafft, aber an anderer Stelle wird nun eine Ausweitung durchgeführt, und das müssen sie mir und anderen erklären. Ich persönlich kann sehr gut erklären, warum ich damals nicht gegen eine Abschaffung der Move-on-Card gewesen bin.

Man muss schon sagen: Die Belastungen, die in den nächsten paar Jahrzehnten erwachsen, treffen nicht mehr die jetzt 80-jährigen, sondern genau jene Menschen, die jetzt jung sind und in den nächsten Jahren diese Begünstigungen durch ihre Steuerleistungen finanzieren müssen. Und es sei nochmals klargestellt, dass wir als „Junge ÖVP“ dagegen sind, wenn Geld sozial nicht treffsicher ganz einfach aus dem Fenster rausgeschmissen wird. Dazu stehe ich!

Das war heute meine letzte Wortmeldung und ich hoffe, dass ich den Standpunkt der „Jungen ÖVP“ klar rüberbringen konnte.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke und wünsche ihnen für die Zukunft viel Gesundheit!

StR. Huber: Ich frage mich, wer sich hier im Wahlkampf befindet. Mit mir ist das Ausspielen zwischen Jung und Alt einfach nicht zu machen. Ich meine, dass es keinen Sinn macht, wenn man Generationen gegeneinander ausspielt.

Wenn sowohl Herr Stadtrat Lehner als auch Herr Gemeinderat Haböck davon sprechen, dass die soziale Treffsicherheit nicht gegeben sei, dann weise ich wiederholt darauf hin, dass jene, die diese Begünstigungen ganz dringend nötig haben, diesen Pass nach wie vor gratis erhalten. Und wenn sie schon meinen, dass man den Aktivpass erst in der Pension erhalten soll, um eine größere soziale Treffsicherheit zu bekommen, dann frage ich sie, wie denn das mit der sozialen Treffsicherheit aussieht, wenn es einerseits „kleine“ Pensionisten gibt, andererseits solche, die maßlos viel bekommen. Wenn sie also meinen, dass ausschließlich Pensionisten bezugsberechtigt sein sollen, dann ist das ein Alibiargument. Das möchte ich an dieser Stelle schon sagen.

Dem Kollegen Wieser möchte ich sagen, dass ich es wirklich schön finde, wenn wir uns einmal so einig wie heute sind, was ja eher selten vorkommt. Und ich würde mich freuen, falls sie auf dem weiteren Weg zur Gleichbehandlung ebenfalls ihre Stimme erheben könnten, und zwar für gleiche Einkommen zwischen Mann und Frau.

Ich danke auch den anderen, die dazu Positives vorbrachten. Was mich aber wirklich wundert, ist, wie sich die ÖVP um das Hausfrauenthema herumschwindelt. Die ÖVP bezeichnet sich doch immer als „die“ Familienpartei, aber hier vergesst ihr es überhaupt, die Stimme für die Hausfrauen zu erheben. Diese bekämen ja nach eurer Version erst ab 65 den Aktivpass, weil sie ja keinen Pensionsbescheid vorweisen können. Das wäre also gegenüber dem jetzigen Zustand eine Verschlechterung für die Hausfrauen.

Ich komme nochmals auf die Einsparung zurück. Bitte, wir reden hier von errechneten 4.150 Euro jährlich an Mehraufwand insgesamt. Und natürlich tut es mir ebenfalls leid um den Wegfall der Move-on-Card, aber dort reden wir von rund 140.000 Euro jährlich.

Dann ist es mir noch unbegreiflich, warum die Wirtschaftspartei ÖVP gegen eine Ausweitung der Anspruchsberechtigten ist, weil ja mit mehr Beziehern des Aktivpasses doch eine Belegung sowohl städtischer als auch privater Einrichtungen verbunden ist. Die Eintrittskarten etc. sind ja nicht geschenkt und außerdem werden die Bezieher dieses Passes vielleicht jemand anderen zum Mitgehen animieren können. Es soll mir einer sagen, dass das nicht gut ist.

Ich bitte jetzt um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

25 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 8 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

9.)

Welser Heimstättengenossenschaft mbH, Laahener Straße 21 a, Wels;
Gewährung einer Subvention in Zusammenhang mit der Sanierung
der Wohnhausanlage für Senioren in Wels, Knorrstraße 24
SO-SHoR-4221-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 07.09.2011:

1. Der Welser Heimstätten GenmbH, Wels, Laahener Straße 21 a, wird zur umfassenden Gesamtsanierung der Seniorenwohnanlage in der Knorrstraße 24, Wels, eine Subvention in der Höhe von fünfzig Prozent der Gesamtinvestition, maximal aber € 1,200.000,-- gewährt.
2. Die Subvention wird in zwei Teilen (2011 € 600.000,-- und 2012 Restbetrag) nach Vorlage der Abrechnung ausbezahlt.
3. Die notwendigen finanziellen Mittel stehen auf der VASSt. 5.4291.775000.3 zur Verfügung bzw. werden für 2012 zum Voranschlag angemeldet.
4. Ein Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist durch Vorlage von saldierten Originalrechnungen bzw. -belegen in der Höhe des Subventionsbetrages zu erbringen.

StR. Dr. Rabl: Das gegenständliche Seniorenwohnhaus Knorrstraße 24 hat eine sehr lange Geschichte, mit der ich sie aber heute nicht langweilen möchte. Tatsache ist allerdings, dass die Institution eines Seniorenwohnhauses für Wels äußerst wichtig ist. Man muss bedenken, dass jeder Pensionist oder jeder alte Mensch, der in einem Altenheim lebt, von der Stadt Wels einen Zuschussbedarf in Höhe von 11.000 Euro nach sich zieht. Daraus kann man ersehen, dass die Unterbringung in einem Heim für die Stadt eine sehr kostspielige Angelegenheit darstellt.

Gebe ich aber den Senioren die Möglichkeit, sozusagen abseits in einem Seniorenwohnhaus zu wohnen, wo sie optimal betreut werden und wo sie optimale Wohnungseinrichtungen haben, angefangen von der Barrierefreiheit bis hin zu einer Tagesheimstätte im unteren Bereich des Gebäudes, dann ist das für die Stadt Wels eine Art Zwischenstufe, die ihr sehr, sehr viel Geld spart. Deswegen war die Idee, Seniorenwohnhäuser zu errichten, eine durchaus sinnvolle. Dass dieses Seniorenwohnhaus im Jahr 1979 erbaut wurde, hatte somit gute Gründe.

Was jedoch in der Vergangenheit passierte, war Folgendes. In das Seniorenwohnhaus kamen keine Senioren mehr, sondern alle möglichen Wohnungswerber unabhängig von ihrem Alter. Und darum haben wir gemeinsam mit der Frau Stadträtin Huber eine Kehrtwendung vollzogen, indem wir meinten, dass dieses Seniorenwohnhaus tatsächlich wieder von älteren Menschen bewohnt werden sollte.

Letztlich war es nicht möglich, auf normalem Weg eine Sanierung dieses Wohnhauses durchzuführen, weil das Förderungsregime im Jahr 1979 anders war. Das heißt, man hat es nie geschafft, Kredite, die zur Errichtung des Seniorenwohnhauses notwendig waren, abzuzahlen und früher etwas in Richtung Sanierung zu unternehmen. Deshalb befindet sich heute, 32 Jahre später, das Haus in einem derart schlechten Zustand. Und es wäre ohne Hilfe von außen nie möglich gewesen, dort eine Sanierung durchzuführen. Das bedeutet, dass die Wohnqualität immer weiter abgesunken wäre und das hätte zur Konsequenz gehabt, dass es immer schwieriger geworden wäre, überhaupt Senioren in dieses Haus zu bekommen. Wir hätten also weiterhin die Wohnungen

anderen geben müssen, womit aber der Zweck dieses Seniorenwohnhauses zunehmend verfehlt worden wäre.

Deswegen bin ich dankbar dafür, dass wir beide diese Initiative umsetzen konnten. Die Frau Stadträtin Huber hat hier wirklich Hervorragendes geleistet und es gebührt ihr in diesem Zusammenhang höchstes Lob. Und erfreulicherweise war es möglich, das so rasch umzusetzen bzw. auf Schiene zu bringen. Wäre es nicht so gekommen, hätten wir sicher eine Auszugswelle erlebt. Darum danke ich sehr herzlich für diese Zusammenarbeit.

StR. Huber: Ich kann mich dem Gesagten nur anschließen. Es ist das ein wirklich notwendiger Schritt, den wir dort setzen, mit dem den Menschen sehr geholfen ist.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

10.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Bewerbung der Stadt Wels für die Landesausstellung 2019
mit dem Thema „Kaiser Maximilian I“
DI-Verf-236-2011

StR. Dr. Rabl: Dieser Antrag beschäftigt sich mit einer Herzensangelegenheit der Freiheitlichen Fraktion und betrifft das Kulturleben in der Stadt Wels. Immer wenn in Wels eine Landesausstellung stattfand, war Wels einerseits Mittelpunkt der Besucher-schar, die sich hierher begab und andererseits war das eine Möglichkeit für die Stadt, Investitionen zu tätigen, die sonst nicht so leicht möglich gewesen wären. Man muss doch wissen, dass eine Landesausstellung, wo wie wir 1983 und 2000 einen hatten, die Möglichkeit bietet, für Wels viel zu bewegen.

Wir haben uns deshalb als Freiheitliche Fraktion gedacht, dass es ein guter Anlassfall wäre, den 500. Todestag von Kaiser Maximilian I als Thema für eine Landesausstellung zu wählen, noch dazu wenn man bedenkt, dass es sich hierbei um den letzten Ritter handelt und Maximilian I der längstdienende Habsburger-Kaiser war, den es jemals gegeben hat. Diese Information stammt aus Wikipedia und wenn das jemand anzweifelt, so kann ich selbst nicht genau sagen, was tatsächlich stimmt, aber so ist das jedenfalls über Wikipedia recherchiert.

Tatsache ist, dass es aus unserer Sicht ein wesentlicher Tag wäre – der Todestag von Kaiser Maximilian I in Wels war der 12. Jänner 1519 – 500 Jahre später eine Landesausstellung in Wels durchzuführen. Ein besseres Thema gibt es nicht und es passen auch die Intervalle. Dies deshalb, weil ja in etwa alle 18 Jahre abwechselnd eine Landesausstellung in den verschiedenen Bezirken bzw. Magistratsstätten abgehalten wird, wobei selbstverständlich mit dem Land alles zu akkordieren ist. Insgesamt braucht es eine entsprechend lange Vorbereitungszeit, aber es bestünde damit jedenfalls die Möglichkeit, in die Stadt zu investieren, die Burg zu renovieren und die Stadt Wels neu zu präsentieren.

Ich glaube, dass, alles gesehen, diese Idee äußerst gut ist, nämlich für die Stadt, das Land und die Bevölkerung.

Vzbgm. Eisenrauch: Es hätte nicht der Idee des Baureferenten bedurft, um diesen Antrag einzubringen, denn dank einer wirklich guten Abteilungsleiterin und guten MitarbeiterInnen in der Kulturabteilung haben wir dieses Thema schon sehr lange auf Schiene gebracht. Es ist ja bekannt, dass bis 2018 alle Landesausstellungen vergeben sind und dass im Oktober heurigen Jahres eine Neuausschreibung für die nächsten Jahre durchgeführt wird. Man muss sich ja schließlich für eine Landesausstellung bewerben, aber das kann man nur tun, wenn eine Neuausschreibung gegeben ist.

Jedenfalls haben die Frau Dr. Miglbauer und ich diese Sache schon seit langem durchbesprochen und Herr Dr. Rabl hätte sich nur einmal in der Kulturabteilung erkundigen müssen, um draufzukommen, dass schon seit längerer Zeit geplant war, sich anlässlich des 500. Todestages von Kaiser Maximilian I um die Planung dieser Ausstellung zu kümmern.

Wir sind aber nicht so bzw. freuen wir uns darüber, wenn sich auch der Herr Baureferent Gedanken über die Kultur macht und wir stimmen deshalb als ÖVP-Fraktion diesem Antrag zu.

Bgm. Dr. Koits: Weil zuerst eine gewisse Unruhe gegeben war, möchte ich nur festhalten, dass die von Herrn Dr. Rabl genannten Daten stimmen.

StR. Dr. Rabl: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Es ist sicher ganz gut, wenn sich der Baureferent um Angelegenheiten der Kulturverwaltung kümmert, weil da kommt hie und da auch etwas Gescheites heraus. Insofern steht ja auch die Sache im Vordergrund und nicht irgendetwas anderes. Dass es solche Überlegungen in der Kulturabteilung schon gegeben hat, konnte ich nicht wissen. Die Kulturabteilung hat mich davon nicht informiert und sie, Frau Vizebürgermeisterin, haben mir davon genauso wenig gesagt. Prinzipiell ist es aber wohl kein Fehler, wenn wir uns als Freiheitliche Fraktion Gedanken zu gewissen Themen machen und Vorschläge bringen. Weiters freut es mich, wenn sie als ÖVP-Fraktion diesen Vorschlägen zustimmen. Das beweist, dass es eine konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat gibt und sich diese Zusammenarbeit in Beschlüssen manifestiert, die dann hoffentlich umgesetzt werden.

Ich beglückwünsche auf jeden Fall die Kulturabteilung dazu, dass sie ebenfalls schon einen derartigen Vorschlag parat hatte und ich hoffe, dass alle Maßnahmen eingeleitet sind, damit wir im Jahr 2019 wirklich eine derartige Landesausstellung bekommen. Ich habe das schon in einer etwas anderen Art erlebt, und zwar in Zusammenhang mit einer Landesgartenschau. Da haben sich ebenfalls alle auf die Schulter geklopft und

gemeint, dass das eine gute Sache wäre, aber stattfinden wird diese Landesgartenschau in Wels trotzdem nicht.

Also, ich weiß nicht, ob sie, Frau Vizebürgermeisterin, im Jahr 2019 noch im Amt sind. Ich wünsche ihnen das von ganzem Herzen, aber jedenfalls würde es mich freuen, falls sie diese Landesausstellung miteröffneten. Ich ersuche also um Zustimmung für diesen Antrag.

Der Initiativantrag (Anlage 8) wird

einstimmig angenommen.

11.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Einrichtung einer Anlauf- und Koordinationsstelle zum Thema Tierschutz
DI-Verf-237-2011

StR. Dr. Rabl: Der nächste Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit einer Tierschutzanlaufstelle. Eine solche Anlaufstelle ist aus meiner bzw. aus freiheitlicher Sicht deshalb erforderlich, weil es immer wieder Probleme für die Bewohner gibt, wenn es Anliegen oder Missstände in Zusammenhang mit Tieren gibt. Solche Anlaufstellen wurden in anderen großen Städten bereits geschaffen, beispielsweise in Linz, wo das erst vor kurzem beschlossen wurde. Ich glaube, dass auch Wels eine derartige Anlaufstelle erhalten sollte. Man könnte das unschwer in eine schon bestehende Dienststelle integrieren, weil dort das Personal durchaus reichen würde, um diese kleine Arbeit mitzuübernehmen. Ich meine also, dass es durchaus sinnvoll wäre, medial entsprechend kundzutun, dass es eine derartige Anlaufstelle gibt, um künftig Irrwege für Betroffene zu vermeiden.

GR. LAbg. Dr. Csar: Die Einrichtung einer solchen Tierschutzstelle würde bedeuten, dass wieder eine neue Stelle eingerichtet wird und Aufgaben neu übernommen werden sollen. Es gibt aber im Magistrat bereits eine Bürgerservicestelle, die die Aufgaben sehr gut erledigt und ich glaube nicht, dass irgendein Anlass für Kritik besteht. Da weiß der Welser Bürger, wo er hingehen und quasi Schutz suchen kann, wo er andererseits Beschwerden anbringen kann. Diese Dinge werden dann kompetent weitergeleitet oder weiterbearbeitet.

Darüber hinaus gibt es beim Land Oberösterreich einen sogenannten Tierschutz-Ombudsmann oder eine -Ombudsfrau. Diesbezüglich stimmt halt nicht ganz, was da im Antrag drinsteht, denn diese Stelle gibt es schon seit 2005 und nicht erst seit 2010. Eines ist aber doch wieder richtig, nämlich dass ab dem Jahr 2010 diese Funktion von einem Mann ausgeübt wird und der erledigt so wie zuvor die damit befasste Frau die anfallenden Aufgaben bestens. Und bei dieser Stelle sind kompetente Anlaufpersonen vorhanden, sodass diese Aufgaben gut erfüllt werden.

Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass die Einrichtung einer solch zusätzlichen Stelle keiner Zustimmung bedarf, das heißt, wir werden diesen Antrag ablehnen.

Vzbgm. Wimmer: Ich sehe das ähnlich wie Herr Kollege Dr. Csar. Dabei unterstelle ich dem Herrn Dr. Rabl oder der Freiheitlichen Fraktion nicht, dass es hier um die Aufblähung des Verwaltungsapparates geht, sondern vielmehr um eine Art Option, die auch einen deklarativen Charakter hat, und zwar den, dass man bei einem bestehenden Türschild eine Ergänzung anbringt, womit die Leute darauf hingewiesen werden, dass in diesem bestimmten Büro auch Angelegenheiten des Tierschutzes behandelt werden.

Herr Dr. Csar sagte ganz richtig, dass wir derzeit das Bürgerservice als Anlaufstelle haben und wir haben auch den Veterinärdienst. Dann haben wir eine Referentenkompetenz für das Welser Tierheim, wo ja eigentlich speziell der Tierschutz betrieben wird. Führt man also die entsprechenden administrativen Ergänzungen durch, dann erübrigt sich ein Antrag wie dieser.

Wir werden als SPÖ-Fraktion aus grundsätzlichen Überlegungen heraus dem Antrag nicht zustimmen, wengleich man durchaus diese administrativen Ergänzungen vornehmen kann. Diese Dinge bedürfen aber nicht eines Gemeinderatsbeschlusses, sondern lediglich eines kurzen Telefonats zwischen einem interessierten Referenten und dem Magistratsdirektor oder dem Bürgermeister. Das hätte man durchaus auf diese Art und Weise erledigen können.

StR. Dr. Rabl: Zum Gemeinderat Dr. Csar möchte ich sagen, dass nicht geplant ist – so etwas stand im Vorfeld dieser Sitzung nirgends in den Medien – dafür zusätzliche Beamte einzustellen. Uns Freiheitliche liegt es natürlich fern, den Beamtenapparat oder den Verwaltungsapparat aufzublähen. Das ist doch gar keine Frage. Speziell in Zeiten wie diesen ist dafür kein Platz mehr aus meiner Sicht.

Richtig ist, das man das durchaus als weitere Aufgabe beim Bürgercenter ansiedeln könnte. Hier geht es halt darum, die Sache entsprechend zu kommunizieren.

Ich bedaure es, dass man sich diesem Anliegen verschließt. Vielleicht werde ich es aber doch probieren, beim Herrn Magistratsdirektor anzurufen und ihn zu fragen, ob es möglich wäre, die Kommunikation oder die mediale Zusammenarbeit, was hier das Bürgerservice betrifft, zu ergänzen. Vielleicht bringt es etwas. Auch wenn heute dieser Antrag vom Herrn Finanzreferenten und vom Herrn Bürgermeister abgelehnt wird, vielleicht geht dann auf diesem Wege etwas weiter. Es geht hier nur um die Sache und um nichts anderes.

Bgm. Dr. Koits: Vielleicht darf ich von meiner Warte aus noch einen Satz hinzufügen. Vom Bürgercenter wird diese Sache, wie sie von Herrn Dr. Rabl vorgeschlagen wurde, schon miterledigt. Es wird also bestimmt kein Problem sein, den Kompetenzenkatalog für das Bürgerservice – sofern das nicht ohnehin schon passiert ist – um diese Aufgabe, die schon miterledigt wird, zu erweitern und eine entsprechende Kennzeichnung anzubringen.

Der Initiativantrag (Anlage 9) wird bei

9 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)
gegen 22 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Buttinger und GR. Hoflehner sind bei der Abstimmung zu Punkt 11. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

12.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Videoüberwachung in Wohnhausanlagen von
gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften
DI-Verf-240-2011

StR. Dr. Rabl: Der nächste Tagesordnungspunkt beschäftigt sich aus meiner Sicht mit einer durchaus wichtigen Frage, nämlich damit, ob und inwieweit gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften eine Videoüberwachung einführen sollen, um Vandalenakte hintanzuhalten.

Herr Vizebürgermeister Wimmer hat ganz am Anfang, als ich diese Frage aufgeworfen habe, gesagt, dass der Dr. Rabl eine Kabarettveranstaltung – oder wie er es sonst nannte – abgezogen hat. Die betroffenen Leute finden dies aber nicht so lustig, schon gar nicht kabaretthaft. Ich glaube daher, dass man sich dieser Angelegenheit mit dem nötigen Ernst widmen sollte, denn für Spaß ist in dieser Frage kein Platz.

Unser Antrag kommt ja nicht ganz ohne Hintergrund. Die Videoüberwachung ist in Wien ein voller Erfolg. Dort hat der SPÖ-Vizebürgermeister die Videoüberwachung bei den gemeinnützigen Wohnbauanlagen eingeführt und es sind derzeit 1.800 Kameras im Einsatz. In Wels hingegen – ich darf hier eine notwendige Richtigstellung bringen – gibt es keine einzige von irgendeiner Genossenschaft bei der Datenschutzkommission beantragte Videoüberwachung. Alle andern Informationen, die Herr Vizebürgermeister Wimmer von irgendjemanden erhielt, sind schlichtweg falsch. Es werden halt gewisse Dinge nicht deshalb richtiger, weil man sie ein paar Mal wiederholt.

Ich bin also dafür, dass diese Videoüberwachung bei den Wohnblocks ordnungsgemäß bzw. dem Gesetz entsprechend durchgeführt wird, weil diese große Erfolge mit sich bringt. Man muss sich beispielsweise überlegen, dass in Wien seit Einführung der Videoüberwachung in bestimmten Bereichen allein die Vandalismuskosten um etwa 70 Prozent zurückgegangen sind.

Wir in Wels haben natürlich in manchen Bereichen massive Probleme mit der Einhaltung der Hausordnung; wir haben Probleme im Müllbereich und wir haben Vandalismusprobleme. Und hier bin ich der Meinung, dass man langsam vorgehen und sich sozusagen modellhaft ein paar Häuser aussuchen sollte, um aufgrund der Praxis zu sehen, ob solch eine Videoüberwachung in Gemeinschaftsräumen das bringt, was man sich aufgrund von Erfahrungen andernorts erwarten kann, das heißt, ob die Ergebnisse von Wien auf Wels übertragbar sind. Und ist das der Fall, könnte man darüber nachdenken, mit dieser Aktion weiter auszuholen.

Ich weiß schon, dass man in manchen Fraktionen meint, der Gemeinderat sei für einen derartigen Beschluss gar nicht zuständig. Es gibt aber aus der Vergangenheit sehr viele Beispiele in der Richtung, dass der Gemeinderat Ansuchen an alle möglichen Rechts-

träger, Bundes- oder Landesregierung, Landtag etc. richtete und auch dieser dem Gemeinderat vorliegende Antrag bedeutet nicht mehr, das heißt, es ist damit lediglich eine Aufforderung an die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften verbunden, dann, falls es notwendig erscheint, eine Videoüberwachung für die allgemein zugänglichen oder für die Gemeinschaftsflächen vorzusehen. Nicht mehr und nicht weniger ist mit diesem Antrag verbunden. Ich glaube, dass solch eine Beschlussfassung wichtig wäre, weil doch die Genossenschaften einen gewissen Rückhalt für solche Maßnahmen benötigen. Es ist mir schon bewusst, dass die Einführung einer solchen Videoüberwachung etwas ist, das kontroversielle Standpunkte auslöst, aber die Mieter sagen ganz klar, dass sie eine Videoüberwachung haben wollen, damit ausgemacht werden kann, wer massiv gegen die Hausordnung verstößt. Und wenn schon die Mieter das so haben wollen, sollten man politischerseits den Genossenschaften einen Rückhalt geben und sagen, dass die Politik hinter einer derartigen Maßnahme steht. Es ist mir andererseits vollkommen klar, dass so etwas die Politik nicht verordnen kann und die Politik nicht befugt ist, diesbezüglich Weisungen zu geben, weil es sich ja um selbständige Gesellschaften handelt, das ist mir auch vollkommen klar. So geht es in erster Linie um ein Signal in dieser Frage und gleich bei diesem Antrag kann die SPÖ zeigen, ob sie es mit ihrem neuen Sicherheitsstandpunkt ernst meint. Sie sollte das klar zum Ausdruck bringen und sagen, dass Rabl in dieser Frage Recht hat, weil das, was hier gefordert wird, sehr wohl eine geeignete Maßnahme darstellt. Die SPÖ in Wien hat diese Maßnahme schon durchgesetzt und mit Erfolg angewandt, weshalb es höchste Zeit ist, das auch in Wels zu tun.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es ist uns klar, dass die Gemeinde nicht zuständig ist. Es ist uns ganz klar, dass die Zuständigkeit bei den Wohnbaugenossenschaften bzw. bei den Wohnbauträgern liegt. Und will man beispielsweise haben, dass das seitens der Heimstättengenossenschaft gemacht wird, dann ist darauf hinzuweisen, dass ihr als FPÖ im Heimstättenvorstand zwei Personen habt, die das im Vorstand einbringen und in ihrer Verantwortung beschließen können. Der Gemeinderat ist allerdings dafür nicht zuständig.

Es ist auch nicht etwa so, dass der Gemeinderat der Stadt Wien einen Beschluss in dieser Richtung gefasst hätte. Vielmehr war es „Wiener Wohnen“ als eigene Gesellschaft, die das für sich beschlossen und durchgeführt hat. Hier wird immer wieder versucht, uns ein A als X vorzumachen, aber die Wahrheit ist ganz einfach, dass diesbezüglich nichts im Wiener Gemeinderat beschlossen wurde. Das ist zwar eine gute Maßnahme bzw. hat diese gegriffen. Immer dort, wo es sozusagen Regelverstöße gibt, ist irgendwann der Zeitpunkt gegeben, wo es gilt, die betreffenden Leute zu überführen, aber zuständig hierfür sind halt die Wohnbaugesellschaften oder Wohnbauträger. Diese können beim Datenschutzrat einen Antrag stellen und wenn sie nachweisen können, dass diese Videoüberwachung notwendig ist, wird sie normalerweise genehmigt bzw. durchgeführt.

Insgesamt gesehen gibt es ja in solch einem Zusammenhang die Möglichkeit, dass es durch eine Videoüberwachung zu einer Einschränkung der persönlichen Freiheit kommen kann, aber beim Datenschutzrat kann jede Organisation ein Ansuchen stellen.

Ich denke mir, dass dieser Initiativantrag ein Ausdruck von Misstrauen der FPÖ-Fraktion gegenüber den eigenen Vertretern in der Welser Heimstätte ist. Ansonsten hätten doch deren Vertreter im Vorstand der Heimstätte diese Angelegenheit schon

lange diskutieren und einbringen können. Da hätte man nicht den Gemeinderat mit einem Antrag konfrontieren müssen, der sachlich gar nicht hier hergehört.

Also, wir als SPÖ-Fraktion werden bei diesem Antrag nicht zustimmen, wobei wir allerdings der Meinung sind, dass dann, wenn es irgendwo kritische Punkte gibt, die jeweiligen Gesellschaften sich Maßnahmen überlegen und eventuell diese Videoüberwachung einführen sollen, wenn diese zur Hebung der Sicherheit oder der Sauberkeit beitragen kann. Hiefür habt ihr eure Vertreter im Vorstand der Heimstätte und die sollen dort ihre Arbeit machen.

StR. Kroiß: Du sagst jetzt, dass die Gemeinde für die Videoüberwachung nicht zuständig ist, genauso wie du am Beginn der Sitzung in der „Aktuellen Stunde“ sagtest, dass die Gemeinde für die Sicherheit nicht zuständig ist. Na gut, aber warum fahren wir dann zum Innenministerium nach Wien? Wenn die Gemeinde diesbezüglich nicht zuständig ist, braucht man doch nicht hinzufahren! Genau das Gleiche ist es mit der Welser Heimstätte.

Der Kollege Rabl sagte es schon. Bei dieser Beschlussfassung geht es um den politischen Rückhalt. Es geht darum, den Genossenschaften zu signalisieren, dass wir diese Videoüberwachung haben wollen. Und das stellt kein Misstrauen gegenüber der Heimstätte dar. Solche Gespräche werden und wurden schon geführt. Hier also ein Misstrauen zu unterstellen, das stimmt mit Sicherheit nicht und ich weise das zurück. Vielmehr sollen die Genossenschaften wissen, dass die Gemeinde hinter diesem Projekt einer Videoüberwachung steht.

GR. Mag. Mayerhofer: Die GRÜNE Gemeinderatsfraktion kann sich den Ausführungen des Herrn Gemeinderat Reindl-Schwaighofer nur anschließen und möchte ergänzen, dass das Wiener Modell wesentlich mehr umfasst als die bloße Videoüberwachung. Die Bewohnerinnen und Bewohner wurden gefragt, ob sie einer Videoüberwachung zustimmen würden und es kam auch zu einer Ausweitung bei den Hausmeisterinnen und Hausmeistern. Der Wiener Wohnbau-Stadtrat sagte selbst, dass die Videoüberwachung nur ein Mosaikstein des ganzen Systems sei, denn die Basis für eine gute Hausgemeinschaft sind zunächst einmal gute Hausmeister sowie ein gut funktionierendes soziales Netzwerk zwischen den Mietern und den Mieterbeiräten.

Insofern glaube ich also, dass der Antrag der Freiheitlichen auf Installierung von Videoüberwachungsanlagen nur ein einzelnes Element ist, das hier nach Wels geholt werden soll, ohne dass das Gesamtpaket ins Auge gefasst wird. Die grüne Fraktion wird also dem Antrag ebenfalls nicht die Zustimmung geben.

StR. Dr. Rabl: Zuerst muss man einmal sagen, dass es schade ist. Es ist schade, wenn die Gelegenheit ausgelassen wird, Rückhalt für eine Idee zu schaffen, die in anderen Städten längst erfolgreich war. Es ist auch schade, weil die SPÖ eine Gelegenheit versäumt, das, was sie ganz am Anfang der Sitzung so wortreich erklärte, nämlich für die Sicherheit einstehen zu wollen, einfach beiseite wischt und sagt: Dafür sind wir nicht zuständig.

Stadtrat Kroiß sagte es meines Erachtens völlig richtig. Es gibt natürlich eine Vergleichbarkeit. Auf der einen Seite wird gesagt, dass wir mehr Polizei haben wollen und dass wir deshalb nach Wien zur Frau Ministerin fahren, obwohl wir ja als Gemeinde nicht für mehr Polizei zuständig sind, aber so bald es darum geht, die Genossenschaften aufzu-

fordern, eine Videoüberwachung einzurichten, sind wir auf einmal nicht mehr zuständig und deshalb sollte der Gemeinderat darüber gar nicht abstimmen. Das ist natürlich etwas doppelbödig. Ich sagte das heute schon am Anfang der Sitzung. Und in diesem Zusammenhang ist das kein lustiges Thema, wobei ich aber zur Kenntnis nehmen muss, dass das nicht mehr als ein taktisches Geplänkel der SPÖ zu einem Themenbereich ist, der für Wels wirklich wichtig ist.

Ich bin der neuen Gemeinderätin durchaus dankbar für die Erwähnung, dass es in Wien um ein Gesamtkonzept geht. Und natürlich ist das hier nur eine Einzelmaßnahme, ein Mosaikstein für viele andere Maßnahmen. Aber – das muss man durchaus zur Kenntnis nehmen – die Videoüberwachung ist etwas, das in Persönlichkeitsrechte eingreifen kann. Sie ist etwas, das politisch heikel ist. Und man muss mit diesem Instrument durchaus sehr vorsichtig umgehen. Deswegen glaube ich, dass es zielführend ist, dass es eine Datenschutzkommission gibt, die darüber entscheidet, ob man das machen kann oder nicht.

Ich glaube ebenfalls, dass die Mieter einzubinden sind. Deswegen habe ich ja von einzelnen Wohnblöcken gesprochen, wo man mit solch einem Projekt starten soll, um zu sehen, wie es damit überhaupt funktioniert. Und ich kann mich noch daran erinnern, als ich mit dem Kollegen Pernkopf das Sternhochhaus besuchte. Da erfuhren wir davon, dass es immer wieder Vorfälle in der Richtung gibt, dass jemand sein kleines oder größeres Häuferl in den Lift hinein macht. Und das ist nun einmal für die Bewohner ein Problem, sodass die Bewohner ganz massiv eine Videoüberwachung im Sternhochhaus haben wollen. Das sagten sie uns damals und es hat niemanden gegeben, der irgendetwas dagegen gehabt hätte. Das Häuferl bekomme ich halt nicht weg mit guten Erklärungen und einer Hausordnung, auch wenn ich dreimal darauf hinweise. Ich bekomme dieses Häuferl auch nicht weg mit einem guten Hausmeister, denn der kann ja nicht die ganze Zeit mit dem Lift auf und ab fahren, um zu schauen, dass niemand in den Lift hineinmacht. Das sind also Probleme, mit denen wir in den Wohnbereichen durchaus konfrontiert sind und das sind Probleme, die gelöst gehören, und zwar rasch. Die Mieter haben nämlich das Recht darauf, in einer Umgebung wohnen zu können, die ordentlich ist, damit es einem freut, in einem bestimmten Haus leben zu können und sich nicht immer ärgern zu müssen, wenn man in den Lift einsteigt. Die Bewohner haben dort leider tatsächlich solch ein Problem.

Ich glaube also, dass es eine gute Gelegenheit wäre, würde man diesem Antrag zustimmen, um die Genossenschaften entsprechend zu stärken. Ich ersuche also um Zustimmung.

Der Initiativantrag (Anlage 10) wird bei

9 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)
gegen 24 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung
des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 138)
BZ-BauR-3520-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss
am 12.09.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 11 beigefügte Verordnung über
die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (138. Änderung des
Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) beschließen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung
des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 142)
BZ-BauR-5006-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss
am 12.09.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Verordnung über
die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (142. Änderung des
Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 103/1.31 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-6014-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss
am 12.09.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 13 beigefügte Verordnung be-
treffend Bebauungsplan Nr. 103/1.31 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 110/1.12 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-6007-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 12.09.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 14 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 110/1.12 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

17.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 208/B.1.7 (Stadtteil: Lichtenegg)
BZ-BauR-6001-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 12.09.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 15 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 208/B.1.7 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

18.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 310/1.5 (Stadtteil: Vogelweide)
BZ-BauR-6008-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 12.09.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 16 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 310/1.5 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

19.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Umstellung der Welser Parkscheinautomaten auf Solarenergie
DI-Verf-246-2011

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger: Dieser Initiativantrag (Anlage 17) befasst sich mit der Umstellung der Welser Parkscheinautomaten auf Solarenergie. Derzeit hängt jeder Parkscheinautomat in Wels am Stromnetz, wodurch natürlich laufend Kosten entstehen. In anderen Städten wie zum Beispiel Graz oder Klagenfurt wurden die Parkscheinautomaten bereits auf Solarenergiebetrieb umgestellt und somit kommt diesen Städten eine gewisse Vorreiterrolle in Österreich zu. Erfahrungen aus dem Solarbetrieb zeigen, dass die Automaten auch bei Schlechtwetter funktionieren, und zwar dadurch, dass in diesen Automaten Akkus eingebaut sind, die gewährleisten, dass bei Schlechtwetter ebenfalls genug Strom vorhanden ist.

Ich bin der Meinung, dass die Stadt Wels als Energiehauptstadt in diesem Bereich einen dringenden Aufholbedarf hat und wir als FPÖ schlagen deshalb vor, dass seitens des Magistrates geprüft werden soll, wie hoch die jährlichen Stromkosten für die bestehenden Parkscheinautomaten sind und welche Kosten bei einer Umstellung auf Parkscheinautomaten, die mit Solarenergie betrieben werden, anfielen. Hinsichtlich einer solchen Umstellung möchten wir drei Varianten geprüft sehen:

1. Wie viel würde es kosten, die bestehenden Parkscheinautomaten auf Betrieb mit Solarenergie umzustellen?
2. Was würde die Anschaffung neuer, modernerer Automaten an Stelle der bestehenden Geräte kosten?
3. Wie hoch würden sich die Kosten im Falle eines kontinuierlichen Austauschs belaufen, also immer für den Fall, dass ein Automat defekt wird?

GR. Prof. Mag. Teubl: Zu diesem Antrag der Freiheitlichen Fraktion kann man nur sagen: Bravo, das wollen wir auch haben! Und eigentlich gibt es dem nichts hinzuzufügen, zumal der Berichterstatter auf verschiedene Varianten hinwies, die zu prüfen sind.

Natürlich wäre es nicht unbedingt sinnvoll, von heute auf morgen alle Parkscheinautomaten umzustellen, solange die anderen, die wir zum Teil erst vor kurzem anschafften, noch in tadellosem Betrieb stehen. Es spricht aber jedenfalls nichts dagegen, die Kostensituation in diesem Zusammenhang mit den verschiedenen Varianten zu überprüfen und eventuell sogar diese eine Variante ins Auge zu fassen, falls es kostengünstig Sinn machte.

GR. Dipl.-Ing. Haydinger: Zusammenfassend möchte ich noch kurz anmerken, dass die Nutzung der Solarenergie jedenfalls helfen könnte, die Kosten für den Parkscheinautomatenbetrieb in Wels zu senken.

Der Initiativantrag (Anlage 17) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und ersucht den Magistratsdirektor bzw. in Vertretung den Magistratsdirektor-Stellvertreter, das Notwendige zu veranlassen.

Berichterstatterin Gemeinderätin Christa Raggl-Mühlberger

20.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Bestellung eines Ansiedlungsmanagers
DI-Verf-238-2011

GR. Raggl-Mühlberger: „Die Stadt will Dienstleister für Unternehmen sein“, so Bürgermeisterin Oppitz-Plörer aus Innsbruck in ihrer Funktion als Wirtschaftsreferentin. Innsbruck veränderte die Betriebsansiedlungen im Sinne einer effizienten und serviceorientierten Verwaltung. Wir als FPÖ Wels gehen einen Schritt weiter und fordern für Wels einen Betriebsansiedlungsmanager.

Um ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen, muss die öffentliche Hand rechtzeitig attraktive Rahmenbedingungen für die Ansiedelung von Betrieben schaffen. Ein Betriebsansiedlungsmanager muss den Standort Wels aktiv bewerben, neue Unternehmen akquirieren, Betriebsansiedlungsfragen koordinieren und so Synergien bestmöglich nutzen. Darüber hinaus soll er bestehenden Unternehmen, die sich vergrößern möchten, dabei behilflich sein, Möglichkeiten für ihre Expansion zu suchen, damit der Standort Wels attraktiv bleibt und diese Firmen nicht abwandern müssen. Ebenso soll er als Koordinationschef bei diversen Fragen bzw. Problemen etwa in Bezug auf Förderungen Hilfestellungen anbieten.

Wels wird seit kurzem touristisch als Gesamtes beworben und verkauft. Die Wels Touristik hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kongresse, Seminare und Großveranstaltungen in einem Gesamtpaket zu verkaufen, angefangen von den Räumlichkeiten und Hotelzimmern bis hin zu den Freizeitmöglichkeiten.

Im wirtschaftlichen Bereich soll nun ein Betriebsansiedlungsmanager die Stadt verkaufen. Derzeit stehen in etwa 3 Hektar Betriebsbaugelände zur Verfügung und eine Bevorratung ist nicht möglich. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt anfangen, ganze Projekte zu erarbeiten und diese an Unternehmen weiterzugeben. Wir müssen Wels als Wirtschaftsstandort sichern und stärken, neue Arbeitsplätze schaffen und das Kommunalsteueraufkommen erhöhen.

Unsere strategisch und geografisch gute Lage, die Infrastruktur mit Anbindung an drei Autobahnen sowie der ÖBB-Terminal sprechen für den Betriebsstandort Wels. Wir

können es uns aber trotzdem nicht leisten, nicht aktiv zu werden. Gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss die Stadt Wels für die Ansiedlung neuer bzw. für die Erweiterung bestehender Betriebe Anreize schaffen.

StR. Lehner: Grundsätzlich möchte ich mich für diese Initiative bedanken, denn die Betriebsansiedelungen stellen für die Stadt Wels ein ganz wesentliches Thema dar, auch in Hinblick auf das Kommunalsteueraufkommen in unserer Stadt. Es wird diesbezüglich sehr viel unternommen. Einerseits wird über das „Wels Marketing“ gehandelt, wo man fachlich dafür zuständig ist, wobei wir jetzt gerade einen Budgetantrag einbrachten, womit Platz für eine MitarbeiterIn geschaffen werden soll, welche Aufgaben im Bereich der Betriebsansiedlungsunterstützung zu übernehmen hätte.

Wenn hier von einem Ansiedlungsmanagement geschrieben steht, dann klingt das irgendwie sehr hochtrabend. Es gibt aber schon den Wels-Marketing-Direktor Peter Jungreithmair und andererseits gibt es noch viele Repräsentanten der Stadt, die ständig darum bemüht sind, Betriebe nach Wels zu holen. Das beginnt beim Bürgermeister und betrifft natürlich mich als Wirtschaftsreferent, wobei ich sagen darf, dass ich eigentlich laufend Gespräche mit Unternehmen führe und versuche, Werbung für den Betriebsstandort Wels zu machen.

In diesem Zusammenhang geht es aber auch um geeignete Flächen für Betriebsansiedelungen. Ich denke hier beispielsweise an das Projekt „Wirtschaftspark Voralpenland“, ein Projekt, das von Herrn Landesrat Sigl über meine Initiative hin vorangetrieben wird. Damit könnte es uns gelingen, für die Zukunft Flächen für Betriebsansiedelungen in Wels zu sichern.

Ich danke somit für diese Initiative, wobei ich allerdings meine, dass wir nicht neue Manager brauchen. Es gibt viele Maßnahmen und natürlich ist hier die Wirtschaftskammer ebenfalls tätig. Wir sind an der Technologie- und Marketinggesellschaft des Landes Oberösterreich beteiligt, die auch dazu dient, Betriebsansiedelungen in Wels zu forcieren. Es gibt also bereits viele Maßnahmen, die Wels im Bereich der Ansiedelungen unterstützen. Einen Mitarbeiter brauchen wir allerdings noch und wenn es in Zusammenhang mit der Schaffung dieses Postens beim „Wels Marketing“ eine Unterstützung seitens der Freiheitlichen Partei gibt, dann danken wir dafür. Aber einen Manager brauchen wir nicht!

GR. Raggl-Mühlberger: Ich finde es schon sehr lustig, jetzt zu sagen, dass wir keinen Manager brauchen, gleichzeitig aber einen neuen Posten im Stadtmarketing zu schaffen und dies als Begründung dafür herzunehmen, dass man nicht für diesen Antrag ist. Aber sei es wie es sei. Wenn wir jemanden bekommen, der sich um dieses Thema sehr bemüht und sich wirklich für Betriebsansiedelungen einsetzt, dann soll das auch irgendwo recht sein.

Der Initiativantrag (Anlage 18) wird bei

9 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)
gegen 23 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Wildfellner ist bei der Abstimmung zu Punkt 20. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat LAbg. Dr. Peter Csar

21.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Kombinationsmiskübel für das Stadtgebiet
DI-Verf-241-2011

GR. LAbg. Dr. Csar: Durch das Raucherschutzgesetz wird vermehrt im öffentlichen Raum geraucht. Dieser Entwicklung ist mit Kombinationsmiskübeln für Abfall und Asche Rechnung zu tragen, um in Zukunft jedem die Möglichkeit zu geben, neben dem Abfall auch die Asche ordnungsgemäß und sicher entsorgen zu können. Es ist nun einmal so, dass durch das Raucherschutzgesetz vermehrt im öffentlichen Raum geraucht wird, aber nicht nur geraucht, das heißt, die Zigarettenkippen werden verstärkt im öffentlichen Raum entsorgt bzw. unachtsam weggeworfen. Dieses unachtsame Wegwerfen geschieht auch deshalb, weil keine entsprechenden Mistkübel vorhanden sind. In den größeren Städten sind überall Mistkübel aufgestellt und oft findet man schon diese Kombinationsmiskübel vor, also Mistkübel, die wie bisher zur Aufnahme von Abfällen geeignet sind, aber auch zur Aufnahme der Asche oder der Zigarettenkippen. Für uns in Wels wäre es ebenfalls sehr wichtig, solche Kombinationsmiskübel aufzustellen. Damit würde ein Beitrag zu mehr Sauberkeit in Wels geleistet, ein Beitrag dazu, dass die Raucher nicht mehr so stark „kriminalisiert“ werden, weil sie eben hoffentlich von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihre Zigarettenkippen ordnungsgemäß zu entsorgen.

Ich hoffe, dass dieser Antrag die allgemeine Zustimmung findet bzw. freue ich mich darauf.

StR. Kroiß: Es ist nur schade, dass gerade der Finanzreferent nicht im Saal anwesend ist, der ja ein leidenschaftlicher Raucher ist und diesem Antrag wahrscheinlich die Zustimmung erteilen wird, vielleicht aber auch nicht. Das größte Problem wird nämlich wahrscheinlich so wie bei anderen Dingen das Budget sein bzw. die dafür zur Verfügung stehenden Mittel. Ich habe schon vor längerer Zeit einmal etwas wegen dieser Aschenbecher gesagt und es ist so, dass wir derzeit am Stadtplatz acht solche Kombinationsmiskübel stehen haben, sonst gibt es diese aber in der Innenstadt noch nirgends. Tatsache ist nun mal, dass ein solcher Mistkübel 700 Euro kostet und ich darf an dieser Stelle auf das zurückkommen, was der Kollege Teubl heute schon sagte, nämlich dass wir uns in Zusammenhang mit dem Sparprogramm bereits wegen 1.000 Euro herumstreiten bzw. diskutieren wir um solche Beträge, hier kostet aber schon ein solcher Mistkübel allein bereits 700 Euro. Und da kann man sich angesichts einer gewissen Budgetknappheit schon irgendwo ausrechnen, wie viel Kombinationsmist-

kübel wir in nächster Zeit bekommen. Jedenfalls sind wir aber genauso dafür, dass diese Kombinationsmistkübel in nächster Zeit vermehrt aufgestellt werden.

GR. Kirchmayr: Grundsätzlich kann man es natürlich befürworten, wenn der Kollege Csar sagt, dass er für ein sauberes Wels sei. Selbstverständlich sind wir auch für ein sauberes Wels, aber andererseits ist der Kollege Csar seitens der ÖVP im Personalbeirat tätig und er hinterfragt dort die Notwendigkeit der Aufnahme jeder einzelnen Reinigungskraft.

Ich glaube, wir sind alle der Meinung, dass unsere Straßenkehrer einen Spitzenjob im Interesse der Sauberkeit der Stadt Wels machen. Herr Kollege Csar ist aber nicht nur in Wels im Gemeinderat und im Personalbeirat tätig, sondern auch in Linz als Landtagsabgeordneter und er verhandelte dort ein neues Dienstrecht. Er stimmt dort zu, dass wir Gemeindebediensteten künftig um ein Prozent weniger Gehalt bekommen als die Bundesbediensteten.

Bgm. Dr. Koits: Herr Gemeinderat Kirchmayr, zur Sache bitte!

GR. Kirchmayr: Die Sache ist jene, dass der Kollege Csar bei uns gewisse Dinge nicht haben möchte, er aber andererseits dort, wo er als Personalvertretungsobmann tätig ist, einfach einer Reduzierung um 1 Prozent zustimmt.

Ich darf dir nachher, Kollege Csar, 1.200 Protestunterschriften seitens der Bediensteten der Stadt Wels übergeben.

Bgm. Dr. Koits: Das ist wohl zulässig, aber nicht in der Gemeinderatssitzung bzw. hat das nach der Gemeinderatssitzung zu geschehen. Ich bitte darum, das zur Kenntnis zu nehmen. Das ist ein Faktum!

GR. LAbg. Dr. Csar: Grundsätzlich erwarte ich mir eine große Zustimmung zu diesem Initiativantrag, was mich sehr freut. Und ich nehme an, dass sehr viele bei der Eröffnung des ersten Kombinationsmistkübels anwesend sein werden.

Bgm. Dr. Koits: Es gibt schon welche!

GR. LAbg. Dr. Csar: Aber es ist trotzdem wichtig, dass das medial entsprechend gut verkauft wird. Ich denke, dass das gut ankommt. Und es freut mich, dass hier die ÖVP den zuständigen Referenten mit einem Antrag unterstützen konnte, damit eben in dieser Sache etwas weitergeht.

Auf die Wortmeldung von dir, lieber Herr Kollege, gehe ich jetzt wirklich nicht ein, denn das mit dem einen Prozent hat hier überhaupt nichts verloren. Du solltest hier nicht deine Funktion im Gemeinderat in einer Situation, wo es um Kombinationsmistkübel geht, missbrauchen, um über eigene Versäumnisse hinwegzutäuschen.

Der Initiativantrag (Anlage 19) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Einleitung von Maßnahmen zur Reduktion des Fluglärms:

Bgm. Dr. Koits stellt fest, dass dem Antrag der ÖVP schon zu Beginn der Sitzung die Dringlichkeit zuerkannt wurde und ersucht nunmehr um Wortmeldungen zum Sachantrag.

StR. Lehner: Der gegenständliche Dringlichkeitsantrag betrifft die aktuelle Lärmentwicklung im Bereich des Welser Flugplatzes bzw. wird diese Lärmentwicklung im gesamten Stadtgebiet und darüber hinaus wahrgenommen. Die ganze Situation hat sich durch die Übersiedlung der Fallschirmspringer von Linz-Hörsching nach Wels ziemlich dramatisch verändert. Es gibt damit verbunden in Wels um viele Flugbewegungen mehr. Das beginnt oft schon am frühen Morgen und endet sozusagen bei Einbruch der Dunkelheit. Der Fluglärm ist also praktisch den ganzen Tag gegeben.

Daher besteht unsererseits der Wunsch, dass der Gemeinderat der Stadt Wels beschließen möge, dass der Herr Bürgermeister alle Maßnahmen überprüfen und gegebenenfalls einleiten soll, die zu einer Reduktion des Fluglärms in Wels führen können.

StR. Kroiß: Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion ist natürlich auch dafür, dass der Fluglärm eingedämmt wird und vor allem sind wir als Freiheitliche dagegen, dass zusätzlicher Lärm importiert wird, sei es nun aus Linz oder, wie der Kollege Wimmer sagte, auch aus Innsbruck. Dafür sind wir überhaupt nicht zu haben.

Eines ist aber trotzdem klar: Hier handelt es sich um einen öffentlichen Zivilflugplatz mit all seinen Vor- und Nachteilen. Und so stellt sich schon irgendwie die Frage, ob wir mit diesem Antrag auf dem richtigen Weg sind. Tatsache ist nämlich, dass die Anzahl der Flugbewegungen grundsätzlich keinen Reglementierungen unterworfen ist. Das heißt, die Flugzeuge können starten und landen wie sie wollen.

Sieht man die Sache einmal rein von der Statistik her, so zeigt uns diese, dass die Anzahl der Flugbewegungen in den Monaten Juni und Juli gegenüber dem Vorjahr rückläufig war, genauso wie im ersten Halbjahr 2011 die Zahl der Flugbewegungen generell rückläufig war. Das ist aber meines Erachtens ganz genau unser Problem, wie wir nämlich Maßnahmen gegen den Fluglärm begründen könnten. Wenn man beispielsweise sagt, dass die aktuelle Lärmentwicklung durch Flugzeuge hervorgerufen wird, die nicht dem Stand der Technik entsprechen, dann meine ich, dass ein Flugzeug, das nicht dem Stand der Technik entspricht, gar nicht fliegen darf. Somit glaube ich, dass wir sehr schnell in einen Erklärungsnotstand kommen. Für uns ist deshalb diese Begründung ganz einfach nicht optimal, denn sie kann jederzeit widerlegt werden. Das ist aber genau das, was die „Weiße Möwe“ tun will bzw. wird sie das meines Erachtens sofort machen. Sie wird also behaupten, dass das, was in diesem Antrag steht, nicht den Tatsachen entspricht.

Vzbgm. Dr. Wieser: Zuerst möchte ich einmal meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben – das hat man zu Beginn der Sitzung mitbekommen, als es um die Zuerkennung der Dringlichkeit für diesen Antrag ging – dass sich die GRÜNEN jetzt offenbar vom Thema „Fluglärm“ verabschiedeten, wobei diese ja vor vielen Jahren sogar die Auflösung des Flugplatzes gefordert und beantragt haben. Jetzt haben sie sich offenbar von diesem seinerzeitigen Standpunkt verabschiedet.

Ich denke, der Fluglärm ist grundsätzlich ein Thema, das die Bevölkerung beschäftigt. Natürlich hängt es etwa von der Wetterlage sehr stark ab, wie viel Starts und Landungen es gibt. Der Kollege Kroiß hat sich ja bereits die Statistik angesehen und es hat sich zu diesem Thema ein sehr prominenter SPÖ-Funktionär mit einem Leserbrief zu Wort gemeldet, nämlich Herr Ex-Gemeinderat Hochhauser. Das war ein sehr langer Leserbrief, denn immerhin hat er an einem bestimmten Tag in einem bestimmten Zeitraum alle Flugbewegungen aufgezeichnet und diese dann niedergeschrieben. Was ich aber in diesem Zusammenhang sehr bedauerte, war, dass er auch den Rettungshubschrauber des ÖAMTC anführte oder kritisierte. Hoffentlich braucht nicht einmal jemand diesen Hubschrauber für jemanden, der ihm nahesteht. Dass man also derart weit geht und auch den Einsatz dieses Hubschraubers kritisiert, das ist schon sehr übertrieben. Dieser Hubschrauber kann von mir aus drei Mal am Tag über meinen Garten hinwegfliegen, wenn damit verbunden ein Leben gerettet oder eine notwendige Behandlung beschleunigt werden kann.

Insgesamt glaube ich ebenfalls, dass wir uns dieses Thema etwas näher anschauen sollten. Wir sollten Zahlen und Stellungnahmen einholen. Die Sache sollte jedenfalls nicht so aussehen, als ob wir offenbar wegen der Haltung der „Weißen Möwe“ zur Einrichtung eines Betriebsbaugebietes auf einem relativ kleinen Teil des Flugplatzes – diese an den Tag gelegte Haltung ist auch für mich völlig unverständlich – mit solch einer Überprüfung der Fluglärmsituation reagieren würden. Wir glauben demnach, Herr Bürgermeister, dass die Behandlung dieses Themas in einem Ausschuss sehr gut wäre.

Deshalb darf ich nun den Geschäftsordnungsantrag stellen, diesen vorliegenden Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Dr. Wieser auf Zuweisung gegenständlichen Dringlichkeitsantrages an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird bei

7 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)
gegen 24 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Günter Lehner und GR. Manfred Wiesinger sind bei der Abstimmung über o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Zittmayr-Hacker: Die Fraktion der ÖVP ersucht den Herrn Bürgermeister Dr. Peter Koits um Herbeiführung aktiver Maßnahmen zur Reduktion des Fluglärms. Bezugnehmend auf die laufenden massiven Beschwerden ist es unbedingt notwendig, unter Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten, beispielsweise durch Flugspurenaufzeichnungen und Lärmmessungen, in Kooperation zwischen Stadt und „Weißer Möwe“, aber auch mit den Anrainern, eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung zu finden.

In diesem Zusammenhang muss auch geprüft werden, ob die zwischen der Stadt Wels und dem Fliegerclub getroffenen Vereinbarungen korrekt umgesetzt werden bzw. inwieweit zeitweilige oder dauerhafte Beschränkungen der Betriebszeiten eingehalten werden.

Die Gesprächsbasis, die in den letzten Monaten durch sehr viel Populismus geprägt wurde, muss auf eine sinnvolle Ebene gebracht werden, um positive Ergebnisse erzielen zu können. Diese sehr heikle Thematik darf nicht medial ausgeschlachtet werden, weil das die Aufmerksamkeit aller nur in negativer Weise erregt und somit die Zielsetzung, die man in den letzten Monaten hatte, nicht erreicht werden kann.

GR. Schönberger: Ich wohne da draußen und mir ist dieses Thema, das ja irgendwo ein Dauerbrenner ist, viel zu wichtig, als dass ich hier ein Revanchefoul des Wirtschaftsreferenten orten würde, nur weil die Verhandlungen mit der „Weißen Möwe“ über gewisse andere Maßnahmen am Flugplatz gescheitert sind. Es ist nämlich definitiv so, dass die Lärmbelästigung enorm zugenommen hat.

Ich kann ihnen sagen, dass ich mir am Freitag die Mühe machte und mich zu einem Bekannten in den Garten setzte, der in der Nähe der Gärtnerei Dopetsberger sein Haus hat. Ich kann ihnen sagen, dass einmal sogar innerhalb von fünf Minuten vier Flugzeuge starteten oder landeten. Es mag schon sein, dass die Statistik über die Flugbewegungen im Juni und im Juli laut Papier geringere Zahlen als im Vorjahr aufzeigt, aber normalerweise ist es nun einmal so, dass in erster Linie bei Schönwetter geflogen wird, also dann, wenn die Leute ihre Freizeit genießen wollen und in den Gärten sitzen. Wir reden also vom Freitag Nachmittag, vom Samstag und Sonntag.

Und es genügt mir nicht, dieses Thema allein auf den Fluglärm zu beschränken, wenn ich jedes Monat lesen muss, dass irgendwo zwei Sportflieger zusammenkrachen – es gab vier Tote in Zell am See – bzw. dass irgendwo ein Sportflieger herabfiel. Und wie es aussieht, wenn irgendwo ein Flugzeug in ein Hochhaus hineinfliegt – da meine ich beispielsweise das Haus Straubinger Straße 20 – das wissen wir beispielsweise spätestens seit 9/11, als dieser Anschlag in New York passierte.
(Gelächter!)

Ihr lacht dazu, aber wir können uns gern einmal mit den Mietern des Hauses Straubinger Straße 20 unterhalten. Vor allem jene, die in oberen Stockwerken wohnen, werden ihnen sehr wohl sagen, dass das, was Herr Hochhauser als Leserbrief in der Zeitung schrieb, direkt super war und dass man dessen Angaben noch ergänzen könne, beispielsweise um die Nummer des Flugzeugs, um die Anzahl der Personen, die sich in der Maschine befanden, darum, ob diese männlich oder weiblich gewesen sind oder ob diese einen Bart trugen oder eine Sonnenbrille auf hatten. Das können die Leute deshalb machen, weil die Maschinen so knapp über dieses Haus fliegen. Das gilt auch für die Leute in Oberhart. Ich kann nur sagen: Trinkt vielleicht einmal bei jemand Bekannten auf der Dachterrasse einen Kaffee und seht euch an, wie knapp die Flugzeugräder über euch sind, weil die Flieger so niedrig hereinkrachen. Es ist so, dass die vorgeschriebenen Höhen in den Einfugschneisen nicht beachtet werden. Und beim Starten wird einem genauso angst und bang. Da quälen sich im wahrsten Sinn des Wortes diese Propellerflugzeuge in den Himmel empor. Somit ist das für mich auch vom Sicherheitsverständnis her ein Thema.

Die Frage, die sich für mich in Zusammenhang mit der „Weißen Möwe“ stellt, ist jene, ob man nicht sogar darüber nachdenken sollte, den Vertrag jetzt schon zu kündigen, um damit den Menschen zumindest für die Zukunft – der Vertrag läuft ja noch ca. 20 Jahre – die Sicherheit zu geben, dass es dort keinen Flugplatz mehr geben wird und dass man dort sehr wohl sicher leben kann. Derzeit ist ja zudem das Wohngebiet in seinen Ausdehnungsmöglichkeiten beschränkt, das heißt, eigentlich können wir nur

mehr in Richtung Norden hinaus wachsen, aber genau dort befindet sich die Einflugschneise.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich muss jetzt natürlich auf die Wortmeldung des Herrn Dr. Wieser eine Replik anbringen. Wie schon am Beginn der Sitzung in Zusammenhang mit der Dringlichkeit des Antrages ausgeführt, möchte ich in Erinnerung rufen, dass die Welser GRÜNEN seit Jahrzehnten gegen den Fluglärm auftreten und nicht zuletzt aufgrund unserer Interventionen konnte der Betrieb bzw. der Start von Segelflugzeugen mittels Seilwinde erreicht werden.

Wir sind nach wie vor für eine Verringerung des Fluglärms, wenngleich wir natürlich erkennen – dabei bleibe ich ganz einfach – dass der jetzt vorliegende Antrag aus Gründen gestellt wurde, die nicht nur mit dem Fluglärm zu tun haben.

Für uns GRÜNE wäre natürlich die Errichtung eines Naturschutzgebietes im Bereich des heutigen Flughafens bei Einstellung des Flugbetriebes die Idealvariante. Das ist keine Frage, aber wie wir wissen, ist das eine relativ unrealistische Vorstellung. Die Einrichtung eines Naturschutzgebietes mit einem verringerten Flugbetrieb, mit einem Flugbetrieb, der bestimmten Regeln gehorcht, ist daher für uns die zweitbeste Lösung. Und diesbezüglich geht es darum, dass man eine entsprechende Gesprächsbasis mit den Vertretern der „Weißen Möwe“ sucht, um eben genau diese Beschränkungen durchsetzen, die Anzahl der Flugbewegungen beschränken zu können, um Vereinbarungen darüber zu ermöglichen, welche Flugrouten genommen werden, welche Art von Starts möglich sind etc., wobei übrigens der Start von Segelflugzeugen mit Seilwinde nicht mehr möglich ist, wenn wir auf einem Teil des Flugplatzes ein Betriebsbaugelände einrichten, da der nötige Platz nicht ausreichend wäre.

Ich meine also, dass all diese Dinge in aller Ruhe überlegt gehörten und dass man nicht einen Schnellschuss nur aus gewissen Rachegefühlen heraus starten sollte, also deshalb, weil sich die „Weiße Möwe“ bezüglich des Betriebsbaugeländes querlegte.

Die Stadt Wels hatte vor Jahren die Gelegenheit, diesen Pachtvertrag mit der „Weißen Möwe“ zu kündigen, hat es aber nicht getan und so ist es eben heute an der Zeit, eine konsensuale Lösung zu suchen und nicht auf diese Art und Weise vorzugehen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es tut mir leid, dass der Kollege Teubl sozusagen den Flugplatz mit dem Fluglärm gegenüber der Wohnqualität der Bevölkerung bevorzugt. Persönlich denke ich mir, dass es in dieser Frage nicht darum geht, ob sich jemand an jemand anderen rächen will oder überhaupt jemand die Existenz des Flugplatzes in Frage stellt, sondern es geht vielmehr darum, dass die Welser Wohnbevölkerung ein Anrecht darauf hat, von Hobby-Fliegern in Ruhe gelassen zu werden.

Da war zuerst vom Einsatz des Rettungshubschraubers die Rede, wobei allerdings über diese Frage hier gar nicht diskutiert wird. Aber es ist unglaublich, wie die Hubschrauberflugbewegungen zunehmen, irgendwelche Trainingsflüge. Davon sind sogar jene Menschen betroffen, die an der Traun wohnen. Gerade zu Zeiten, wo eben die Menschen ein Ruhebedürfnis haben, können sich alle anhören, wie der Flugbetrieb zunimmt. Es geht doch hier um die Welser Bevölkerung, ich nehme aber zur Kenntnis, dass die FPÖ anscheinend als Anwalt der Hobby-Flieger auftritt, die uns um die Ohren sausen. Jeder 16-jährige wird, wenn er mit einem zu lauten Moped unterwegs ist, gestraft, wer sich aber einmal ansieht und anhört, was von einem motorbetriebenen Paragleiter ausgeht,

der weiß, was unter Lärm zu verstehen ist. Diese Paragleiter fliegen über unsere Köpfe hinweg und deshalb dürfen sie anscheinend, ganz im Gegensatz von den Mopeds auf der Straße, Lärm von sich geben, wie sie nur wollen. In diesem Bereich gehörte unbedingt etwas eingeschränkt, damit die Welser Bevölkerung besser geschützt werden kann. Und deshalb werden wir diesen Antrag unterstützen.

StR. Kroiß: Ich glaube, du hast bei meiner Wortmeldung nicht aufgepasst. Wir sind nicht der Anwalt dieser lauten Fliegerei. Ich habe lediglich aus dem statistischen Zahlenmaterial zitiert und diese Zahlen stehen schwarz auf weiß.

Und ich sagte sehr wohl, dass wir gegen diesen starken Fluglärm sind und speziell dagegen, dass wir diesen Fluglärm auch noch importieren. Es gab also nie eine Aussage in der Richtung, dass wir diesen Fluglärm verteidigen. Das hast du irgendwie falsch verstanden.

Aus der Statistik geht auch noch hervor, dass die Helikopterflugbewegungen rückläufig sind. Ich weiß schon, dass diese subjektive Wahrnehmung anders ist, wenn man dort wohnt, aber jedenfalls sprechen die Zahlen etwas anderes.

StR. Lehner: Zum Ersten gibt es ein klares Bekenntnis meinerseits zum Kompromissvorschlag von 25,7 Hektar Betriebsbaugelände auf dem Welser Flugplatz, der viele Arbeitsplätze für unsere Stadt bedeutet. Wenn sie aber, Herr Kollege Teubl, behaupten, dass bei einer größeren Fläche als Betriebsbaugelände Windenstarts mit Segelfliegern nicht möglich gewesen wären, darf ich festhalten, dass das natürlich unrichtig ist. Wir führten mit der zuständigen Behörde beim Land Oberösterreich Gespräche und von dort her wurde uns versichert, dass sehr wohl Windenstarts möglich gewesen wären. Es wäre aber nicht möglich, bei einer größeren Ausdehnung alle Flugsportarten gleichzeitig durchzuführen, so wie das zur Zeit der Fall ist. Jetzt gibt es drei Pisten und der Welser Flugplatz ist von der Anzahl der Pisten her der größte Flugplatz Österreichs, und das primär für den Hobbybereich. Diese luxuriöse Variante wäre allerdings bei einer Ausweitung der Betriebsbauflächen nicht mehr möglich gewesen.

Zum Zweiten wurde angesprochen, dass es sich bei diesem heutigen Antrag um ein Revanchefoul handeln könnte. Also, das einzige, was sie vielleicht der Stadt Wels vorwerfen können, ist, dass wir jetzt die schützende Hand von der „Weißen Möwe“ zurückgezogen haben. Es gab uns gegenüber schon in den letzten Monaten immer wieder Beschwerden, was den Lärm betrifft, nur wird man nicht sehr aggressiv ein Thema angreifen, wenn man sich in Verhandlungen wie hier mit einem Verein befindet. Das heißt also, dass wir die schützende Hand über der „Weißen Möwe“ hielten, nur hat der Verein einseitig das Gespräch mit der Stadt beendet. Es wurde uns über die Medien ausgerichtet, dass es keiner weiteren Gespräche mehr bedarf.

Wenn der Verein „Weiße Möwe“ aus Sicherheitsgründen auf drei Pisten besteht, dann ist das ein Schwachsinn. Die Mitarbeiter beim Land Oberösterreich sind sehr wohl fachkundig. Da entsteht dann eben eine Situation, wo man sich schon überlegen muss, ob man einen Verein noch schützt oder eben nicht mehr. Daher eben meine Initiative, das Thema jetzt aktiv anzugreifen, weil es im Interesse der Welser Bevölkerung liegt, eine Reduzierung des Lärms zu bekommen. Vielleicht, Gerhard Kroiß, könnte man es noch besser formulieren, aber grundsätzlich geht es in diesem Antrag einmal darum, dass seitens des Bürgermeisters die rechtlichen Möglichkeiten geprüft werden, nämlich

als Behörde. Und ich denke, er wird das sehr sorgfältig bzw. gewissenhaft machen und natürlich auf Basis der österreichischen Rechtsordnung.

Wenn heuer die Zahl der Flugbewegungen nicht gar so hoch war, dann ist daraus wohl zu schließen, dass das mit dem verregneten Juli zusammenhängt. Diese Situation hat uns im Tourismusbereich ebenfalls getroffen und genauso in anderen Wirtschaftsbereichen, die mit dem Wetter zusammenhängen. Da und dort haben sich mittlerweile jedoch die Zahlen wieder erhöht bzw. wurden frühere Zahlen erreicht. Wenn ich mir beispielsweise das letzte Wochenende anschau oder die witterungsgemäße Entwicklung im September rekapituliere, dann bin ich mir sicher, dass sozusagen im September auch wieder die Ziffern bezüglich Flugbewegungen in Wels stimmen. An den letzten Wochenenden gab es sicher ziemlich viele Flugbewegungen im Bereich der „Weißen Möwe“, das heißt, der schlechte Juli wurde bestimmt ausgeglichen, und das jedenfalls zum Leidwesen der Welser Bevölkerung.

Bgm. Dr. Koits: Sollte der Antrag in dieser Form beschlossen werden, dann werden wir als Luftfahrtbehörde 1. Instanz die uns gebotenen Möglichkeiten sozusagen beachten und umsetzen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) wird mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
bei 2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Manfred Wiesinger ist bei der Abstimmung über o.a. Dringlichkeitsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beendigung aller Geschäftsbeziehungen der Stadt Wels und der städtischen Betriebe mit der Moser Mediengroup Austria (MMGA):

Der Bürgermeister stellt fest, dass nun am Ende der Sitzung auch noch der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der GRÜNEN zur Behandlung steht.

GR. Markus Wiesinger zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Antrag, diesen Dringlichkeitsantrag an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Behandlung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Markus Wiesinger wird mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Manfred Wiesinger ist bei der Abstimmung über o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Der Bürgermeister gibt in weiterer Folge bekannt, das im Rahmen der Bürgerfragestunde eine Anfrage, die an ihn gerichtet wurde, vorliegt und übergibt sodann den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Nach Durchführung der Bürgerfragestunde in der Zeit von 17.32 bis 17.38 Uhr erklärt Vzbgm. Wimmer die heutige Sitzung des Gemeinderates für beendet.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: